

Der negative Einfluss der außereuropäischen **MIGRATION** auf die EU-Mitgliedstaaten

Mit Beiträgen von:

Bernhard Zimniok (Deutschland)
Kosma Złotowski (Polen)
Tom Vandendriessche (Belgien)
Hermann Tertsch (Spanien)
Charlie Weimers (Schweden)

Philippe Olivier (Frankreich)
Marcel de Graaff (Niederlande)
Roman Haider (Österreich)
Gunnar Beck (Deutschland)

INHALTSVERZEICHNIS

VORWORT	Seite 03
DIE AUSWIRKUNGEN DER MIGRATION AUF DIE INNERE SICHERHEIT IN DEUTSCHLAND Bernhard Zimniok, Deutschland	Seite 04
AUSWIRKUNGEN DER EINWANDERUNG AUF DIE ÖFFENTLICHEN FINANZEN UND DIE SOZIALE SICHERHEIT IN DEN NIEDERLANDEN , Marcel de Graaff, Niederlande	Seite 07
WIE SICH DIE POLITISCHE MITTE RADIKALISIERTE Tom Vandendriessche, Belgien	Seite 10
CEUTA UND MELILLA: MIGRATION ALS WAFFE Hermann Tertsch, Spanien	Seite 13
MIGRATIONSDRUCK ALS WAFFE IN EINEM HYBRIDEN KRIEG Kosma Złotowski, Polen	Seite 17
MIGRATION IN GROSSBRITANNIEN UND DEREN EINFLUSS AUF DEN BREXIT Gunnar Beck, Deutschland	Seite 20
MASSENIMMIGRATION ALS GEFAHR FÜR DIE MEINUNGSFREIHEIT Roman Haider, Österreich	Seite 23
WIR FRANZOSEN LEBEN IN EURER ZUKUNFT Philippe Olivier, Frankreich	Seite 25
DIE SCHWEDISCHE TRAGÖDIE Charlie Weimers, Schweden	Seite 28

VORWORT

Liebe Leser,



die dramatischen Auswirkungen der (außereuropäischen) Migration auf die Mitgliedstaaten der Europäischen Union werden uns Tag für Tag in vielfältiger Form vor Augen geführt: Gewaltverbrechen, (Gruppen-) Vergewaltigungen, Clan-Kriminalität, die Herausbildung von Parallelgesellschaften mit all ihren Konsequenzen, No-Go Areas, Islamismus, Einwanderung in unsere Sozialsysteme oder Terroranschläge, um nur eine Auswahl zu nennen. Trotz der zahlreichen

Unterschiede eint all diese tragischen Entwicklungen eines: Sie alle wären mit einer pragmatischen, am Interesse der eigenen Bevölkerung orientierten Migrations- und Asylpolitik zu verhindern gewesen.

Bei der täglichen Schwemme an Nachrichten geht dabei oft der Blick auf das große Ganze verloren. Um zu verdeutlichen, dass alle Mitgliedstaaten der EU von diesen Problemen in unterschiedlichster Ausprägung gleichermaßen betroffen sind, wurde diese Broschüre erstellt. Ich bin stolz darauf, dass auf meine Initiative hin neun Abgeordnete aus acht Ländern und zwei verschiedenen Fraktionen im EU-Parlament, der Fraktion der Europäischen Konservativen und Re-

former (EKR) sowie der Fraktion Identität und Demokratie (ID), einen Teil zu dieser Broschüre beigetragen haben.

Gemeinsam möchten wir auf die immensen Probleme hinweisen, die durch die außereuropäische Migration hervorgerufen werden und die uns alle, unabhängig von der Zugehörigkeit zu einem politischen Lager, gleichermaßen betreffen. Die Bürger Europas benötigen daher dringend eine Lösung: Es ist Zeit für einen Paradigmenwechsel in der Migrations- und Asylpolitik. Weg vom selbstzerstörerischen System der unkontrollierten Einwanderung, hin zu einem pragmatischen Ansatz, der die Bedürfnisse der eigenen Bevölkerung in den Mittelpunkt des Interesses stellt.

In diesem Sinne wünsche ich Ihnen eine interessante Lektüre.

Herzlichst, Ihr

A handwritten signature in blue ink, consisting of stylized initials and a surname.

Bernhard Zimniok
Abgeordneter des Europäischen Parlaments
Brüssel, Dezember 2021

DIE AUSWIRKUNGEN DER MIGRATION auf die Innere Sicherheit in Deutschland

EINLEITUNG

Seit dem Beginn der sogenannten „Flüchtlingskrise“ im Jahr 2015 sind die dramatischen Auswirkungen der Zuwanderung für die Bevölkerung in aller Deutlichkeit sichtbar geworden, auch wenn zahlreiche negative Entwicklungen bereits durch fragwürdige Entscheidungen Jahrzehnte zuvor angestoßen wurden. Insbesondere die jährlich durch das Bundeskriminalamt (BKA) herausgegebene Polizeiliche Kriminalstatistik (PKS) zeigt, dass die Kriminalitätsrate große Unterschiede zwischen der autochthonen Bevölkerung, Ausländern sowie „Zuwanderern“ (wie Flüchtlinge im BKA-Jargon genannt werden) aufweist. Neben weiteren BKA-Statistiken wird die PKS den Hauptbestandteil der vorliegenden Analyse ausmachen, da die Behandlung weiterer relevanter Bereiche wie der „Ehrenmorde“¹, der Clan-Kriminalität, der Migrantenkrawalle aus „Party- und Eventszene“², des Islamismus sowie weiterer Problemfelder migrationspolitischen Ursprungs den Rahmen sprengen würde.

Die massive Überrepräsentation von Zuwanderern in der PKS hat verschiedene Ursachen. Eine wichtige Rolle spielt der große Anteil an seit 2015 unter dem Deckmantel Asyl eingewanderten jungen Männern, die in allen Gesellschaften am häufigsten durch kriminelle Aktivitäten auffallen. So bewegt sich der Anteil von Asylbewerbern über 39 Jahren seit 2015 lediglich zwischen 13 und 16 Prozent, während der Anteil des männlichen Geschlechts generell unter allen Asylbewerbern mit Werten zwischen 57 Prozent (2018 und 2019) und 69 Prozent (2015) teilweise deutlich überwiegt.³ Durch einen solch monokausalen Ansatz lässt sich die überdurchschnittlich hohe Kriminalitätsrate der Zuwanderer jedoch kaum erklären, die gerade in Gewalt- und Sexualverbrechen extrem ausfällt. Eine weitere Rolle spielen dabei auch die soziokulturellen Hintergründe, also die kulturelle und soziale Prägung des Tatverdächtigen. So ist es kaum Zufall, dass die Top 10 der Herkunftsländer von Asylbewerbern zwischen 2014 und 2021 mit Syrien, Afghanistan, dem Irak, Türkei, Somalia und dem Iran überwiegend muslimische Länder dominieren, während auch Eritrea und Nigeria zu jeweils rund 50 Prozent muslimisch geprägt sind. Lediglich Georgien fällt dabei als mehrheitlich christlich geprägtes Land aus dem Raster.⁴

Zum Stichtag 31.12.2019 gibt das statistische Bundesamt die Zahl der in Deutschland lebenden „Schutzsuchenden“ mit 1.839.115 an, was einem Anteil an der Gesamtbevölkerung von 2,2 Prozent entspricht.⁵ Im Jahr 2020 sind laut Mediendienst Migration 122.170 weitere „Flüchtlinge“ oder „Schutzsuchende“ nach Deutschland eingereist.⁶ Zwar fiel bedingt durch die Corona-Krise der Anstieg der Asylbewerberzahlen im Jahr 2020 moderat aus, doch nach wie vor entspricht der Zuwachs einer kompletten deutschen Großstadt wie z. B. Ingolstadt - allein innerhalb eines Jahres! Die Zahl der unter dem Deckmantel Asyl eingewanderten illegalen Migranten übertraf auch im Jahr

2021 bereits im September die 100.000-Marke - im neunten Jahr in Folge!⁷ Diese Einordnung orientiert sich jedoch weiterhin an den Zahlen des Statistischen Bundesamtes von 2019, da bis dato offiziell keine aktuelleren Daten erhoben wurden.

KRIMINALITÄT IM KONTEXT VON ZUWANDERUNG 2020

Zwischen 2016 und 2020 registrierte das BKA 1.989 Fälle von Tötungsdelikten, wie aus dem Lagebild des BKA „Kriminalität im Kontext von Zuwanderung 2020“ hervorgeht. Hierbei flossen alle versuchten und vollendeten „Straftaten gegen das Leben“ ein, darunter Mord, Totschlag und fahrlässige Tötung. Im Jahr 2020 vermeldete die Polizei 370 aufgeklärte Straftaten gegen das Leben mit mindestens einem Zuwanderer als Tatverdächtigen, was einem leichten Anstieg von 13 Fällen gegenüber dem Vorjahr entspricht. 84 dieser Fälle wurden vollendet. Bei 2.947 Tötungsdelikten insgesamt in Deutschland sind „Zuwanderer“ also bei 12,6 Prozent der vollendeten Taten verdächtig. Bei den 370 Fällen wurden 452 Zuwanderer als Tatverdächtige ermittelt, wobei 14 von ihnen gleich in mehreren Fällen als Tatverdächtige bei Tötungsdelikten auffielen. An den insgesamt 3.649 ermittelten Tatverdächtigen weisen die Zuwanderer einen Anteil von 12,4 Prozent auf. Wie oben bereits erwähnt, machen Zuwanderer jedoch nur 2,2 Prozent der Gesamtbevölkerung aus: Sie sind also bei der Anzahl der Tötungsdelikte wie auch bei den Tatverdächtigen massiv überrepräsentiert. Gleiches gilt für den Bereich der Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung, in der der Anteil der tatverdächtigen Asylbewerber bei 8,5 Prozent liegt.

Diese Bereiche stellen im Jahr 2020 eine Ausnahme dar, da in allen anderen Bereichen eine zum Teil deutliche Abnahme der kriminellen Taten von Zuwanderern zu vermelden ist.⁸ Angesichts der Besonderheiten in der Zeit der Corona-Pandemie können diese Daten jedoch als Ausreißer bezeichnet werden, weshalb es lohnenswert scheint, die Daten aus dem Jahr 2019 als repräsentativen Zeitraum der Prä-Corona-Zeit für eine Analyse heranzuziehen.

POLIZEILICHE KRIMINALSTATISTIK 2019

In der PKS wird generell nur nach deutschen Tatverdächtigen (TV), ausländischen Tatverdächtigen und Zuwanderern unterschieden.

Im Folgenden sehen Sie die **Gesamtzahl aller deliktübergreifend ermittelten Tatverdächtigen** sowie der prozentuale Anteil der entsprechenden Bevölkerungsgruppe:

	Anzahl Tatverdächtige	Anteil an allen Tatverdächtigen	Anteil an der Gesamtbevölkerung
Gesamt Tatverdächtige (TV):	1.896.221		
davon deutsche TV:	1.167.971	61,6 %	84 %
davon nicht-deutsche TV:	577.241	30,4 %	13,8 %
davon Zuwanderer als TV:	151.009	8,0 %	2,2 %

Aufgrund der Relevanz werden nun beispielhaft einige Bereiche der Gewaltkriminalität und der Anteil der jeweiligen Tatverdächtigen aufgelistet:

STRAFTATEN GEGEN DAS LEBEN (Mord, Totschlag und fahrlässige Tötung):			
	Anzahl Tatverdächtige	Anteil an allen Tatverdächtigen	Anteil an der Gesamtbevölkerung
Gesamt Tatverdächtige (TV):	3.838		
davon deutsche TV:	2.093	54,6 %	84 %
davon nicht-deutsche TV:	1.302	33,9 %	13,8 %
davon Zuwanderer als TV:	443	11,5 %	2,2 %

VERGEWALTIGUNG, SEXUELLE NÖTIGUNG UND SEXUELLER ÜBERGRIFF IM BESONDERS SCHWEREN FALL EINSCHL. TODESFOLGE			
	Anzahl Tatverdächtige	Anteil an allen Tatverdächtigen	Anteil an der Gesamtbevölkerung
Gesamt Tatverdächtige (TV):	8.189		
davon deutsche TV:	3.933	48 %	84 %
davon nicht-deutsche TV:	3.014	36,8 %	13,8 %
davon Zuwanderer als TV:	1.242	15,2 %	2,2 %

GEFÄHRLICHE UND SCHWERE KÖRPERVERLETZUNG:			
	Anzahl Tatverdächtige	Anteil an allen Tatverdächtigen	Anteil an der Gesamtbevölkerung
Gesamt Tatverdächtige (TV):	141.232		
davon deutsche TV:	68.890	48,7 %	84 %
davon nicht-deutsche TV:	52.634	37,3 %	13,8 %
davon Zuwanderer als TV:	19.708	14 %	2,2 %



Wie man unschwer erkennen kann, sind nicht-deutsche Tatverdächtige mit einem Anteil von 13,8 Prozent an der Gesamtbevölkerung sowie Zuwanderer mit einem Anteil von 2,2 Prozent an der Gesamtbevölkerung in allen Bereichen der Gewaltkriminalität massiv überrepräsentiert.

Insbesondere im Bereich der Sexualstraftaten ist die Überrepräsentation eklatant. Sogenannte Zuwanderer, also Asylbewerber im Amtsdeutsch, sind hier fast um den Faktor 7 überrepräsentiert, auch Ausländer im Allgemeinen fallen mit fast 37 Prozent bei einem rund 14-prozentigen Anteil an der Gesamtbevölkerung stark negativ auf. Auch bei gefährlicher und schwerer Körperverletzung sind die Zahlen in einem ähnlichen Verhältnis angesiedelt. Das macht sich auch in den deutschen Gefängnissen bemerkbar, in denen der Anteil ausländischer Insassen bereits im Jahr 2019 einen Rekordhöchstwert erreicht hatte. Traurige Spitzenreiter waren hier Hamburg und Berlin mit einem Anteil ausländischer Straftäter von 61 bzw. 51 Prozent.⁹

Anzumerken ist, dass sowohl die PKS als auch die Statistik über Gefängnisinsassen nur nach der Staatsbürgerschaft unterscheiden und einen möglichen Migrationshintergrund sonst gar nicht erfassen.¹⁰ Wenn man deutsche Staatsbürger mit Migrationshintergrund und nicht-Deutsche zusammenzählen würde, so dürfte ihr Anteil an der Kriminalitätsstatistik noch deutlich höher ausfallen.

BERICHT ÜBER GRUPPENVERGEWALTIGUNGEN IM JAHR 2020

Das BKA hat für das Jahr 2020 Zahlen für Gruppenvergewaltigungen in Deutschland vorgelegt. Angezeigt wurden demnach 704 die-

ser Verbrechen (2019: 710)¹¹, 905 Tatverdächtige konnten ermittelt werden. Davon waren rund 46 Prozent, also nahezu die Hälfte, keine deutschen Staatsbürger.¹² Die Täter kommen dabei überwiegend aus den muslimisch geprägten Ländern Irak, Iran, Syrien und Afghanistan, aber auch aus Ländern der Subsahara.¹³ Besonders stark überrepräsentiert sind dabei Männer aus Afghanistan, die im Jahr 2018 sechs Prozent der Tatverdächtigen stellten – bei einem Anteil an der Gesamtbevölkerung von nur 0,3 Prozent. Ein Großteil der afghanischen Tatverdächtigen beging die Tat während eines laufenden Asylverfahrens.¹⁴

Zahlreiche solcher Verbrechen schockierten in der jüngeren Vergangenheit die Öffentlichkeit. Erinnert sei hier an die besonders grausame Tat im Jahr 2018 in Freiburg, bei der zahlreiche Täter eine 18-jährige Frau in der Nähe eines Nachtclubs vergewaltigt hatten. Das Martyrium der jungen Frau dauerte rund zweieinhalb Stunden.¹⁵ Zehn Männer wurden später zu Haftstrafen verurteilt. Bei sieben der angeklagten Männer stellte das Gericht den Tatbestand der Vergewaltigung fest. Während

ein Täter aufgrund eines sexuellen Übergriffs verurteilt wurde, sah das Gericht bei zwei Angeklagten den Tatbestand der unterlassenen Hilfeleistung als erwiesen an.¹⁶ Einer der zehn Verurteilten war deutscher Staatsbürger, alle anderen waren als Flüchtlinge nach Deutschland eingereist. Der Haupttäter, der die durch Alkohol- und Drogenkonsum widerstandsunfähige Frau in das nahe Wäldchen des Nachtclubs gezerrt, vergewaltigt und dann seine Freunde hinzugeholt hatte, hätte bereits zuvor aufgrund verschiedener Verbrechen verhaftet werden sollen – darunter noch eine weitere Vergewaltigung. Doch aus angeblichen „ermittlungstaktischen Gründen“ kam es nicht dazu.¹⁷ Erst dies ermöglichte es ihm, erneut eine solche Tat an einer jungen Frau zu begehen.

Die Überrepräsentation von nicht-deutschen Tatverdächtigen in diesem Bereich macht die dramatischen Verfehlungen der unkontrollierten Zuwanderung besonders deutlich. Die Politik der offenen



Grenzen hat tausende Opfer, überwiegend Frauen, zur Folge, die ihr Leben lang unter den Folgen einer solchen (Gruppen-) Vergewaltigung leiden müssen. Es ist kein Zufall, dass ein Großteil der Täter aus muslimisch geprägten Ländern stammt, in denen eine kulturell bedingte Unterdrückung der Frau zum Alltag gehört.

Warum weise ich im Zusammenhang der Kriminalität explizit auf die Überrepräsentation von Asylbewerbern und nicht-Deutschen hin? Oftmals wird mir und meiner Partei, der Alternative für Deutschland, mit Verweis auf das Benennen solcher Statistiken unterstellt, dass eine solche Darstellung „rassistisch“ motiviert sei. Mit der Realität hat das jedoch nichts zu tun. Ich zeige diese Fakten auf, weil eine solche Form der Kriminalität vollständig vermeidbar ist. Der Staat selbst hat mannigfaltige Möglichkeiten, um auf die Reduzierung von Gewaltverbrechen hinzuwirken, etwa durch Präventionsprogramme, Resozialisierung und ähnliches. Komplett verhindern lässt sich Kriminalität naturgemäß nicht. Der Anteil der Verbrechen, die von



„Flüchtlingen“ und nicht-Deutschen begangen werden, ließe sich aber durch eine restriktive Migrations- und Asylpolitik, etwa durch Grenzkontrollen und rigorose Abschiebungen, auf beinahe Null reduzieren.

Es ist ein Allgemeinplatz, dass nicht jeder Asylbewerber oder Migrant ein potentieller Verbrecher ist. Und doch stellt sich die Frage, inwiefern deutsche Politiker ihrer Verantwortung gegenüber dem deutschen Bürger gerecht werden, wenn sie durch ihre Politik der offenen Grenzen solch dramatische Konsequenzen billigend in Kauf nehmen. Konsequenzen, die Leben kosten, die Familien zerstören, die lebenslange Traumata für die Opfer nach sich ziehen. Ist es zu rechtfertigen, Asylbewerbern Schutz, Unterkunft und Versorgung zu gewähren, wenn ein geringer Teil davon für eine erhebliche Erosion der inneren Sicherheit verantwortlich zeichnet, wenn dadurch Morde, (Gruppen-) Vergewaltigungen und sonstige Verbrechen erst möglich werden? Bei all dem müssen wir bedenken, dass durch das Konzept der Hilfe vor Ort all diese dramatischen Auswirkungen vermieden werden könnten, dass aufgrund der deutlich niedrigeren Lebenshaltungskosten in den Herkunftsländern im Vergleich zu Deutschland und der EU viel mehr Menschen in einer kultur- und sprachnahen Umgebung bei gleichzeitiger Kostenreduktion geholfen werden könnte, um so auch eine möglichst frühzeitige Rückkehr in die Herkunftsländer zu gewährleisten. Gerade vor diesem Hintergrund fällt eine Rechtfertigung der millionenfachen Einwanderung besonders schwer.



Ich bin seit 2016 Mitglied der Alternative für Deutschland. 2019 wurde ich zum Abgeordneten im Europäischen Parlament gewählt und bin dort developmentspolitischer Sprecher der Fraktion Identität und Demokratie. Ich komme aus München, bin verheiratet und habe einen erwachsenen Sohn. Weitere Infos zu meiner Person finden Sie auf meiner Webseite.

Über meine Arbeit können Sie sich auf meinen Kanälen in den sozialen Medien informieren:



<https://www.bernhard-zimniok.de/>



<https://twitter.com/BernhardZimniok>



<https://www.facebook.com/Bernhard.Zimniok>



<https://www.instagram.com/bernhard.zimniok/>



<https://www.youtube.com/c/BernhardZimniokMdEP>



https://t.me/zimniok_mep

Gerne können Sie mich auch direkt kontaktieren:

Europäisches Parlament, ASP 05F243, Rue Wiertz 60,
B-1047 Brüssel, Tel.: 0032 2 28 45772,
E-Mail: bernhard.zimniok@ep.europa.eu

Im Interesse und zum Schutz der eigenen Bevölkerung sollte man von den politischen Verantwortlichen erwarten können, dass sie eine faktenorientierte Migrations- und Asylpolitik einem rein ideologisch motivierten Ansatz vorzieht. Weder die EU-Kommission, noch die deutsche Regierung handelt jedoch im Sinne derjenigen, der sie verpflichtet sind: Der eigenen Bürger. Nur die Alternative für Deutschland tritt für die Interessen der deutschen und europäischen Bevölkerung ein.

AUSWIRKUNGEN DER EINWANDERUNG auf die öffentlichen Finanzen und die soziale Sicherheit in den Niederlanden

Die Europäische Union ist eine aktive Förderin der Einwanderung, nicht nur von Menschen innerhalb der EU, sondern auch von außerhalb der EU. Nach Ansicht der schwedischen sozialdemokratischen Politikerin Ylva Johansson, der derzeitigen EU-Kommissarin für Inneres, die für die Migrationspolitik zuständig ist, ist die Einwanderung nicht nur ein positives Phänomen, sondern auch eine Notwendigkeit, damit die soziale Sicherheit in einem alternden Europa bezahlbar bleibt¹.

Diese Behauptung wird jedoch nicht durch Tatsachen untermauert. Wissenschaftliche Untersuchungen in den Niederlanden zeigen eindeutig, dass sich die Einwanderung negativ auf das Aufnahmeland auswirkt und darüber hinaus nicht dazu beiträgt, die Probleme der Überalterung der Bevölkerung zu bewältigen.

Die Berechnung von Kosten und Nutzen der Einwanderung ist in den Niederlanden ein ebenso großes politisches Tabu wie in den umliegenden Ländern. Nur wenige Forscher wollen sich daran die Finger verbrennen.² Dennoch wurden in den Niederlanden in den letzten zwei Jahrzehnten drei wissenschaftliche Studien über die Auswirkungen der Einwanderung auf die öffentlichen Finanzen und die soziale Sicherheit in den Niederlanden veröffentlicht. Dabei konnten sich die Wissenschaftler auf die äußerst detaillierten Daten des Statistischen Amtes der Niederlande (Nederlandse Centraal Bureau voor de Statistiek - CBS) stützen.

Das CBS ist einer der weltweit besten und umfassendsten Erheber statistischer Daten. Das räumt auch die Europäische Union ein: Das CBS „is recognised as one of the leading National Statistical Institutes (NSI) not only in the European Union but worldwide“ (Das CBS ist nicht nur in der Europäischen Union, sondern weltweit als eines der führenden nationalen statistischen Ämter anerkannt).⁴ Die CBS-Mikrodaten sind sehr detaillierte und anonymisierte Daten von allen 17,5 Millionen niederländischen Einwohnern. Die Regierung sammelt die Daten ausschließlich zur eigenen Verwendung, aber renommierte Forschungsinstitute können die Erlaubnis erhalten, die vom CBS gesammelten Mikrodaten für wissenschaftliche Forschungszwecke zu nutzen. Diese Erlaubnis wird von den Behörden nur sehr selten gewährt, um der Öffentlichkeit „unerwünschtes“ und „umstrittenes Wissen“ vorzuenthalten.⁵

In den drei Studien, die vom Zentralen Planungsamt der niederländischen Regierung (CPB) im Jahr 2003, vom unabhängigen Forschungsinstitut *Nyenrode Forum for Economic Research* (NYFER) im Jahr 2010 und von der *Amsterdam School of Economics*, Teil der Universität Amsterdam (UvA), im Jahr 2021 veröffentlicht wurden, wurden die Kosten und der Nutzen von Einwanderern während ihres

gesamten Lebens, von Geburt oder Einwanderung bis zum Zeitpunkt der Auswanderung oder des Todes, auf der Grundlage der CBS-Daten berechnet.

Die Ergebnisse der drei Studien zeigen, dass die finanziellen Kosten der Einwanderung enorm sind und in naher Zukunft das aufgebaute System der sozialen Sicherheit gefährden werden. Da sich die demografische und sozioökonomische Lage in den Niederlanden nicht wesentlich von der Lage in den Nachbarländern unterscheidet, gelten die Ergebnisse der drei niederländischen wissenschaftlichen Studien über die Auswirkungen der Einwanderung zweifellos auch in diesen Nachbarländern.

DIE CPB-STUDIE ⁶

Das Zentrale Planungsamt (Centraal Planbureau - CPB) berechnete 2003 den Nettobeitrag der Migration. Das CPB kam zu dem Schluss, dass 1. die Einwanderung einen belastenden Faktor für die Niederlande darstellt, 2. dass der durchschnittliche nichtwestliche Einwanderer nicht zum Wohlstand in den Niederlanden beiträgt, und 3. dass die Einwanderung die mit der Alterung der niederländischen Bevölkerung einhergehenden steigenden Kosten nicht kompensiert.

Das CPB berechnete die Nettol Lebensdauererwartungskosten eines durchschnittlichen nichtwestlichen Einwanderers, der im Alter von 25 Jahren in die Niederlande einreist, auf 43.000 EUR (in Euro 2001). Ein Einwanderer, der im Alter von null Jahren in das Land kommt, kostet sogar mehr als das Doppelte: knapp unter 100.000 EUR.

Im Jahr 2003 schätzte das CPB den jährlichen Zustrom nichtwestlicher Einwanderer auf 0,05 % der Bevölkerung (rund 8.000 Personen). Nach Angaben des CPB hat dies dem niederländischen Fiskus Kosten in Höhe von 0,34 % des BIP verursacht.

Obwohl das CPB Teil des niederländischen Wirtschaftsministeriums ist, das die Regierung in Wirtschaftsfragen berät, führte der CPB-Bericht nicht zu einer Änderung der niederländischen Einwanderungspolitik. Die Lage hat sich im Gegenteil verschlechtert. Darüber hinaus waren die Behörden mit der Veröffentlichung des CPB-Berichts nicht zufrieden. Als Forscher der Universität Amsterdam im Jahr 2017 darum baten, CBS-Daten für eine Aktualisierung der CPB-Studie zu verwenden, stieß die Anfrage zunächst auf große Ablehnung. Den Forschern der Universität von Amsterdam wurde mitgeteilt, dass die CPB-Studie nicht als ein gutes Beispiel betrachtet werden sollte, das es verdienen, wiederholt zu werden.⁷

DIE NYFER-STUDIE ⁹

Im Jahr 2009 beauftragte die Partij voor de Vrijheid (Partei für Freiheit) (PVV) das unabhängige Forschungsbüro NYFER, auch die Kosten der Einwanderung nichtwestlicher Einwanderer in die Niederlande zu berechnen.⁹ Die NYFER-Studie bestätigte die grundlegende Schlussfolgerung des CPB, dass die Einwanderung weitgehend ungelerner nichtwestlicher Einwanderer erhebliche Kosten für die öffentlichen Finanzen in den Niederlanden verursacht.

NYFER kam zu dem Schluss, dass ein nichtwestlicher Einwanderer, der im Alter von 25 Jahren in die Niederlande einreist, die niederländische Gesellschaft im Durchschnitt 54.800 EUR netto kostet (in Euro 2008). Der Unterschied zur CPB-Schlussfolgerung ist gering, wenn man die Geldentwertung berücksichtigt. NYFER berechnete jedoch die Nettokosten eines Einwanderers, der im Alter von null Jahren in die Niederlande einreist, auf mehr als 200.000 EUR. Der Unterschied zur Berechnung des CPB erklärt sich dadurch, dass die Kosten für Kinderbetreuung, außerschulische Betreuung und kinderbezogene Haushaltsmittel seit 2001 enorm gestiegen sind.

In der Zwischenzeit hatte auch der Zustrom von Einwanderern enorm zugenommen, so dass das NYFER von einem dreimal so hohen Nettozustrom ausgehen musste wie das CPB. Darüber hinaus war NYFER pessimistischer als das CPB, was das Tempo betrifft, mit dem die zweite Generation ihren Rückstand auf dem Arbeitsmarkt aufholt. NYFER berechnete daher die jährlichen Kosten der nichtwestlichen Einwanderung für die niederländische Staatskasse auf etwa 1 Prozent des BIP oder 7,2 Mrd. EUR (in Euro 2008).

Im Jahr 2011 wurde ich für die Partij voor de Vrijheid Mitglied der Ersten Kammer. 2012 wurde ich Fraktionsvorsitzender. Als ich 2014 zum Mitglied des Europäischen Parlaments gewählt wurde, trat ich von diesem Amt zurück. In dieser Wahlperiode des Europäischen Parlaments war ich Vorsitzender der PVV-Fraktion. Außerdem wurde ich gemeinsam mit Marine Le Pen Ko-Vorsitzender der gleichgesinnten Fraktion Europa der Nationen und der Freiheit ENF.

Nach dem Brexit kehrte ich 2020 ins Europäische Parlament zurück. In der Zwischenzeit hatte sich die ENF zu einer neuen patriotischen Fraktion Identität und Demokratie (ID) zusammengeschlossen, der ich mich im Namen der PVV gerne anschloss.

Über meine Arbeit können Sie sich auf meinen Kanälen in den sozialen Medien informieren:



<https://www.twitter.com/mjrldegraaff>



<https://www.facebook.com/marceldegraaff>



<https://www.youtube.com/PVVep>



<https://www.pvv-europa.nl>

Gerne können Sie mich auch direkt kontaktieren:

Europäisches Parlament, ASP 06E240, Rue Wiertz 60, B-1047 Brüssel,
Tel.: 0032 2 28 45407, E-Mail: marcel.degraaff@europarl.europa.eu

DIE STUDIE DER UNIVERSITÄT VON AMSTERDAM ¹⁰

Im Auftrag des Forum voor Democratie (FvD) veröffentlichte ein Team der Universität Amsterdam (UvA) im März 2021 eine aktualisierte und detailliertere Studie über den Einfluss der Einwanderung im Allgemeinen (d. h. nicht nur von nichtwestlichen Einwanderern) auf den niederländischen Sozialstaat.¹¹ Einer der UvA-Forscher hatte zuvor beim CPB gearbeitet und war in dieser Eigenschaft auch an der CPB-Studie von 2003 beteiligt. Die Studie dauerte vier Jahre und die Verfasser kamen zu dem Schluss, dass die jährlichen Kosten der Einwanderung im Referenzjahr 2016 auf 17 Milliarden Euro bzw. 2,44 Prozent des niederländischen BIP gestiegen sind. Die Gesamtkosten der Einwanderung für den Zeitraum 1995-2019 beliefen sich für die Niederlande auf 400 Mrd. EUR¹².

Besonders interessant ist, dass in der Studie der Universität von Amsterdam auch die Unterschiede nach Migrationsmotiv und Herkunftsland untersucht wurden. Aus der Studie geht hervor, dass fast alle Formen der Einwanderung für die niederländische Gesellschaft mit Kosten verbunden sind, mit Ausnahme der Arbeitsmigranten aus Nachbarländern wie Belgien, Deutschland, Frankreich, Österreich, der Schweiz und Skandinavien, den angelsächsischen Ländern und asiatischen Ländern wie Israel, Singapur, Taiwan, Südkorea und Japan. Nur diese relativ kleine Gruppe von Einwanderern leistet einen positiven Beitrag für das Aufnahmeland.

Die Auswirkungen aller anderen Einwanderergruppen sind negativ. Gleiches gilt auch für osteuropäische Arbeitsmigranten, die im Durchschnitt 50.000 EUR netto (in Euro 2016) pro Einwanderer kosten, weil sie in der Regel in schlecht bezahlten Berufen arbeiten und daher weniger Steuern und Sozialabgaben zahlen als der niederländische Durchschnittsbürger, während ihre Kosten für Bildung, Sozialversicherung und steuerliche Abgaben höher sind.



Die höchsten Kosten verursacht jedoch die Einwanderung aus nicht-westlichen Ländern. Der Studie der Universität von Amsterdam zufolge belaufen sich die Nettolebensdauerkosten eines nichtwestlichen Migranten auf 300.000 EUR pro Person. Bei den Asilmigranten ist die Zahl sogar mehr als doppelt so hoch. Der durchschnittliche Asylbewerber aus dem Nahen Osten oder Nordafrika kostet die Niederlande 625.000 EUR pro Einwanderer.

Auch die Arbeitsmigration aus den traditionellen Einwanderungsländern der Niederlande ist teuer. Je größer der kulturelle Unterschied zu den Niederlanden ist, desto teurer wird die Einwanderung. Im Durchschnitt kostet ein Migrant aus Marokko 542.000 EUR, ein Migrant aus der Türkei 340.000 EUR, ein Migrant aus der ehemaligen niederländischen Kolonie Suriname 185.000 EUR.

Die Kosten für die zweite Generation sind im Durchschnitt etwas geringer als die Kosten für die erste Generation, doch bleibt der Beitrag negativ und unterscheidet sich nur geringfügig von dem der ersten Generation. Kinder aus gemischten Ehen mit einem niederländischen oder westlichen Partner schneiden besser ab.

Die Studie widerlegt die Behauptung, dass die Einwanderung notwendig sei, um die demografischen Folgen der Bevölkerungsalterung zu bewältigen. Um den Anteil der über 65-Jährigen in den Niederlanden auf dem Stand von 2020 zu halten, müsste die niederländische Bevölkerung von heute 17,5 Millionen auf 75 Millionen Menschen im Jahr 2100 anwachsen. Damit dies finanzierbar bleibt, müssten die Einwanderer jedoch aus den oben genannten westlichen Ländern kommen, die jedoch alle die gleichen Überalterungsprobleme haben wie die Niederlande.

DER BLICK IN DIE ZUKUNFT

Die Forscher der Universität von Amsterdam blickten auch in die Zukunft. Sie schätzten, dass sich die Einwanderungskosten bei unveränderter Politik im Zeitraum 2020-2040 auf rund 600 Mrd. EUR belaufen werden. Jedes Jahr kommen mehr als 150.000 Einwanderer in die Niederlande, von denen 87.000 nichtwestlicher Herkunft sind.

Im Jahr 2003 schätzte das CPB den jährlichen Zustrom nichtwestlicher Einwanderer noch auf rund 8.000 Personen. Bereits 2009 musste das NYFER feststellen, dass sich diese Zahl auf etwa 25.000



verdreifacht hatte. Die Forscher der UvA sahen sich gezwungen, den Wert nochmals mehr als zu verdreifachen. Fast ein Viertel der niederländischen Bevölkerung hat inzwischen einen Migrationshintergrund, von dem mehr als die Hälfte (rund 2,5 Millionen Menschen) nichtwestlich ist.¹³

Die Kosten der Einwanderung werden in den kommenden Jahren nur noch steigen, weil Einwanderer im Durchschnitt mehr Kinder haben als Einheimische und weil die Grenzen der Niederlande für die Masseneinwanderung weit geöffnet bleiben. Ohne Migration wird die derzeitige niederländische Bevölkerung bis 2100 von 17,5 Millionen auf 13 Millionen zurückgehen. Bei einer Zuwanderungsrate wie im Zeitraum 2015-2019 werden es 23-24 Millionen sein.

Es ist klar, dass der niederländische Sozialstaat diese wachsende Belastung nicht auf Dauer tragen kann. Ein grundlegender Politikwechsel ist vonnöten, zumal die Bevölkerung Afrikas und des Nahen Ostens zwischen heute und Ende dieses Jahrhunderts von 1,6 auf 4,7 Milliarden anwachsen wird. Die Verfasser der Studie der Universität von Amsterdam verweisen zu Recht auf den amerikanischen Wirtschaftswissenschaftler und Nobelpreisträger Milton Friedman, der erklärte, dass es um die Wahl zwischen der weiteren Aufnahme von Migranten und der Aufrechterhaltung des Sozialstaates geht.

Die politisch korrekten Politiker und die Medien sehen jedoch weg. Sie weigern sich, aus den eindeutigen Ergebnissen objektiver wissenschaftlicher Untersuchungen über die negativen Auswirkungen der Einwanderung Konsequenzen zu ziehen. Der einheimische Steuerzahler, der die Kosten der Einwanderung zu tragen hat, zahlt einen hohen Preis – im wörtlichen und übertragenen Sinne – einen Preis, der jeden Tag steigt.

Wie sich die politische Mitte **RADIKALISIERTE**

Wie jedes andere westliche Land wurde auch Flandern von der multikulturellen Gesellschaft geflutet. Nach den sechziger Jahren des letzten Jahrhunderts wurde unsere Gesellschaft nolens volens zum Labor eines beispiellosen Experiments. Mit den politischen Kräften, die den Lauf der Dinge in Frage stellten, wurde auf ähnlich beispiellose Weise verfahren. In diesem Artikel wird erzählt, wie Politiker die Migration politisch für ihre Zwecke nutzten, wie politische Institutionen, die einst ein Bollwerk des Vertrauens und der Stabilität waren, sich in Wirklichkeit gegen die Demokratie wandten und damit höchst selbst den Bankrott des liberalen Systems einleiteten, und das alles aus Gründen der Selbsterhaltung und des Strebens nach Macht.

DAS PHÄNOMEN DES GASTARBEITERS

Nach dem Beispiel zahlreicher anderer nordwesteuropäischer Länder führte Belgien nach dem Zweiten Weltkrieg das Konzept der Arbeitsmigranten ein. Bei den meisten von ihnen handelte es sich um Gastarbeiter aus Spanien, Griechenland und Italien. Da die belgische Wirtschaft während der Zeit des Wirtschaftswunders („Les Trente Glorieuses“ – die dreißig glorreichen Jahre –) rasant wuchs, wurden im Bergbausektor zusätzlichen Arbeitskräfte gebraucht. Der massive Zustrom von Migranten in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts erfolgte daher vor allem auf Wunsch des Großkapitals, das billige, ungelernete und schnell einsetzbare Arbeitskräfte benötigte. Als das Grubenunglück von Marcinelle im Jahr 1956 vor allem italienische Opfer forderte, stand die italienische Regierung einer weiteren Zuwanderung italienischer Arbeitskräfte nach Belgien ablehnend gegenüber. Deshalb schloss die belgische Regierung Abkommen mit Marokko und der Türkei, um Arbeitsmigranten nach Belgien zu holen. Und so geschah es. In den 1960er Jahren verfolgte Belgien eine echte Politik der offenen Grenzen. Ab Mitte der 1960er Jahre begann sich das Straßenbild in den kohlereichen Regionen und in den Großstädten zu verändern, mit all den sozialen Problemen, die die Ankunft der nichteuropäischen Gastarbeiter mit sich bringen konnte. Bis in die

1970er Jahre war die belgische Migrationspolitik also weitgehend einer Marktlogik unterworfen – einer Logik, die den Menschen als mobilen Produktionsfaktor sieht, unabhängig von kulturellen oder metaphysischen Aspekten. Es ist daher auch nicht überraschend, dass die liberale politische Familie die ersten Wellen der Massenmigration unterstützte, weil sie den Leitern arbeitsintensiver Unternehmen, die auf der Suche nach ungelerneten Arbeitskräften waren, Vorteile brachte. Ein anschauliches Beispiel für diese Haltung findet sich in der gesellschaftlichen Debatte über die Aufnahme ungarischer politischer Flüchtlinge nach dem Ungarischen Volksaufstand von 1956. Die Bergbauarbeitgeber sprachen sich ausdrücklich für die Aufnahme ungarischer Staatsbürger in großem Umfang aus, während die sozialistische Presse in der Zeitung „Vooruit“ dieser Aufnahme etwas kritischer gegenüberstand.

MIGRATIONSSTOPP

Aus heutiger Sicht ist es erstaunlich, wie ablehnend die Sozialdemokraten anfänglich der Arbeitsmigration gegenüber standen. Als das Wirtschaftswachstum der *Trente Glorieuses* durch die Ölkrise im Jahr 1973 zum Erliegen kam, beschloss Belgien 1974, einen Migrationsstopp einzuführen. In Wirklichkeit war dies überhaupt nicht der Fall. Die Grenzen blieben offen. Um auf die sozialen Probleme der Gastarbeiter zu reagieren, wurde die Familienzusammenführung zugelassen. Der Gastarbeiter hat sich in Belgien eingeknielt und wurde langsam aber sicher zum Dauermigranten.

MOLENBEEK UND VERHOFSTADT

Abgesehen von der „Vlaamse Beweging“ waren die ersten Kräfte der politischen Mitte, die gegen die Migration agierten, hauptsächlich in Brüssel zu finden. Der Bürgermeister von Schaarbeek, Roger Nols (Liberaler, später FDF – Front démocratique des Francophones), kritisierte die Migration scharf. Nols, der vehement frankophon war, beschloss, keine nichteuropäischen Ausländer mehr in seiner Gemeinde zu registrieren. In seinem *Appel aux Immigrés* vertrat er ferner die Auffassung, dass die Ausländer für den Müll und die Kriminalität in Schaarbeek verantwortlich seien. Nols war jedoch nicht der einzige Liberale, der sich gegen die Migration wandte. Guy Verhofstadt vertrat eine Vision des Islam, die heute als rechtsextrem abgetan werden würde: „Der Islam ist nicht nur eine Religion, sondern auch eine Ideologie, eine sozialpolitische Doktrin, eine Gesellschaftsdoktrin“, verkündete die linksliberale Koryphäe nach dem Fall Rushdie.¹ Später, als belgischer Premierminister, wurde Verhofstadt mit dem beschleunigten Einbürgerungsverfahren (dem so genannten „Snel-Belg-Wet“), die Schleusen öffnen. In seiner Eigenschaft als Mitglied des Europäischen Parlaments ist Verhofstadt als Hardliner bekannt, was die europäische Integration in einem linksliberalen Tempo angeht.



Auch aus sozialistischen und christdemokratischen Kreisen gab es scharfe Reaktionen und Initiativen zum Thema Migranten. Der führende Politiker der PS und Bürgermeister von Molenbeek, Philippe Moureaux, sprach sich 1982 für einen kommunalen Migrationsstopp aus. Mourreaux befürchtete, dass der Imam Muslimen vorgeben würde, nicht für die Sozialisten zu stimmen. Gleichzeitig wurde unter der Amtszeit von Mourreaux als Minister ein Anti-Rassismus-Gesetz verabschiedet, das später auf eine politische Partei angewandt werden sollte (siehe unten).

UMWERTUNG ALLER WERTE

In den 1980er Jahren entstand auf der rechten Seite eine neue politische Kraft. Die Partei Vlaams Blok wurde 1978 aus Unzufriedenheit über den Kurs der Volksunie gegründet. Schon bald erzielte die junge Partei einen politischen Erfolg nach dem anderen. Im Jahr 1991 gelang der Partei der Durchbruch und sie gewann 12 Sitze im belgischen Parlament, was die traditionellen Parteien sehr nervös machte. Diese traditionellen Parteien hatten sich nach und nach für einen anderen Ansatz entschieden, falls die Migranten die belgische Staatsangehörigkeit erhalten und damit zu einem politischen Faktor werden sollten. Also beschlossen die traditionellen Parteien, aus den Migranten wahltaktisches Kapital zu schlagen. Damit wurde der Vlaams Blok zu einer Gefahr für die bestehende Ordnung.

SANITÄRKORDON

Als der Vlaams Blok einen Wahlsieg nach dem anderen errang, beschlossen die anderen Parteien, niemals mit dem Vlaams Blok zu sprechen oder zu regieren. Auf allen Ebenen würde man den Vlaams Blok aktiv verleugnen und daran hindern, sich jemals an der Regierung zu beteiligen. Das Ergebnis war, dass der Vlaams Blok, auch wenn er die größte politische Partei war, stets von Verhandlungen ausgeschlossen wurde. Auf Initiative von Jos Gheysels (Agalev, Umweltschützer) wurde diese zweifelhafte Exklusionsstrategie als „Cordon sanitaire“ bekannt. Die systematische Ausgrenzung des Vlaams Blok in den Medien wurde als „cordon médiatique“ bezeichnet.

VOM SYSTEM VERURTEILT, VOM WÄHLER FREIGESPROCHEN

Dennoch blieb der Vlaams Blok die einzige erfolgreiche migrationskritische Partei. Bei den Wahlen zum Europäischen Parlament 1999 verzeichnete die Partei ein Ergebnis von 15 Prozent. Im selben Jahr änderte die sogenannte Regenbogenkoalition unter Verhofstadt Artikel 150 der belgischen Verfassung. Nach diesem Artikel wird das „*Geschworenenkollegium [...] für alle Kriminalsachen sowie für politische Delikte und Pressedelikte eingesetzt*“. Dieser 1830 eingeführte Artikel wurde ausdrücklich in die belgische Verfassung aufgenommen, um politische Prozesse zu verhindern. Indem sie politische Delikte und Pressedelikte von einem Geschworenenkollegium verhandeln ließen, gaben die Verfassungsgesetzgeber die Macht in diesen sensiblen Bereichen an das Volk zurück, was Ausdruck von Demokratie ist. Im Jahr 1999 wurde dieser Artikel jedoch geändert, indem hinzugefügt wurde, dass Pressedelikte, denen Rassismus oder Xenophobie zugrunde liegt, davon ausgenommen werden, was bedeutet, dass sie vor das Strafgericht gestellt werden.

Und so geschah es. Im Jahr 2000 reichten das Zentrum für Chancengleichheit und Rassismusbekämpfung und die Liga für Menschenrechte eine Klage gegen den Vlaams Blok wegen angeblicher Verstöße gegen das Antirassismusgesetz ein. Tatsächlich wurden die drei gemeinnützigen Organisationen der Partei vorgeladen. Das Brüsseler Gericht erster Instanz hielt sich für nicht zuständig und erklärte, in Anbetracht der Kläger handele es sich um ein politisches Verfahren. Beim Zentrum für Chancengleichheit und Rassismusbekämpfung handelte es sich ja um eine 1993 gegründete staatliche Einrichtung, die ihre Aufträge vom Parlament erhielt und der Aufsicht des Premierministers unterstand. Auch das Berufungsgericht Brüssel (Cour d'appel de Bruxelles) vertrat die Auffassung, dass es sich um eine politische Angelegenheit handele. Nach einer Verweisung an die Kassationskammer landete das Verfahren schließlich vor dem Berufungsgericht Gent. Das Berufungsgericht in Gent war



Tom Vandendriessche wurde 1978 geboren. Er ist verheiratet und hat zwei Söhne. Er erwarb einen Masterabschluss in Politikwissenschaften und einen Masterabschluss in Wirtschaftswissenschaften (UGent) und war während seiner Studienzeit im Katholischen Flämischen Studentenverband (Katholiek Vlaams Hoogstudenten Verbond Gent [KVHV]) zu Gent aktiv. Nach einer abwechslungsreichen Karriere im öffentlichen Sektor und in der Wirtschaft wurde er Ende 2016 Pressesprecher der Fraktion Europa der Nationen und der Freiheit im Europäischen Parlament. Er ist seit 1993 Aktivist des Vlaams Blok/Belang und wurde 2019 mit fast 70.000 Vorzugsstimmen in das Europäische Parlament gewählt. Im Jahr 2020 wurde er Mitglied des Parteivorstands des Vlaams Belang und ist dort für die strategische Koordination zuständig. Im Europäischen Parlament ist er Vollmitglied des LIBE-Ausschusses und der ASEAN-Delegation (südostasiatische Länder).

Über meine Arbeit können Sie sich auf meinen Kanälen in den sozialen Medien informieren:



<https://www.tomvandendriessche.vlaanderen/>



<https://www.twitter.com/TomVandendriessche>



<https://www.facebook.com/TomVandendriesscheVB>

Gerne können Sie mich auch direkt kontaktieren:
Europäisches Parlament, ASP 07H153, Rue Wiertz 60,
B-1047 Brüssel, Tel.: 0032 2 28 45261,
E-Mail: tom.vandendriessche@europarl.europa.eu

der Ansicht, dass es genügend Beweise dafür gebe, dass der Vlaams Blok aufgrund des Diskurses der Partei über Migration und Migranten gegen das Gesetz verstoße. Die drei gemeinnützigen Organisationen der Partei wurden wegen Anstiftung zur Diskriminierung verurteilt, was der Kassationshof im Herbst 2004 bekräftigte².

Trotz der Verurteilung erzielte der Vlaams Blok sein bisher bestes Ergebnis. Bei den Wahlen in Flandern 2004 erhielt die Partei 24 Prozent der Stimmen und wurde zur größten Partei. Fast eine Million Flamen stimmten für den Vlaams Blok. Die Partei wurde ipso facto vom System verurteilt, aber von den Wählern freigesprochen.

VLAAMS BELANG

Indem es den Vlaams Blok durch die juristischen Instanzen gejagt hat, hat das System sein wahres Gesicht gezeigt. Denn wie kann sich eine politische Partei angemessen gegen die Migrationspolitik wenden, wenn ihr legitimer Diskurs einfach als illegal denunziert wird? Die Verurteilung der Partei war daher ein Frontalangriff auf die Meinungs- und Demokratiefreiheit. Eine Partei, die ein Viertel der flämischen Wählerschaft vertritt, wurde ausgeschlossen. In einem eindeutig politischen Prozess wurde die Gewaltenteilung sozusagen aufgehoben. Das System, das die Massenmigration seit den 1980er und 1990er Jahren wegen ihres politischen Potenzials begrüßte, hat 2004 eine dunkle Seite in der belgischen politischen Geschichte geschrieben, indem es Dissidenten verurteilt hat.

NEUE VERWERFUNGEN

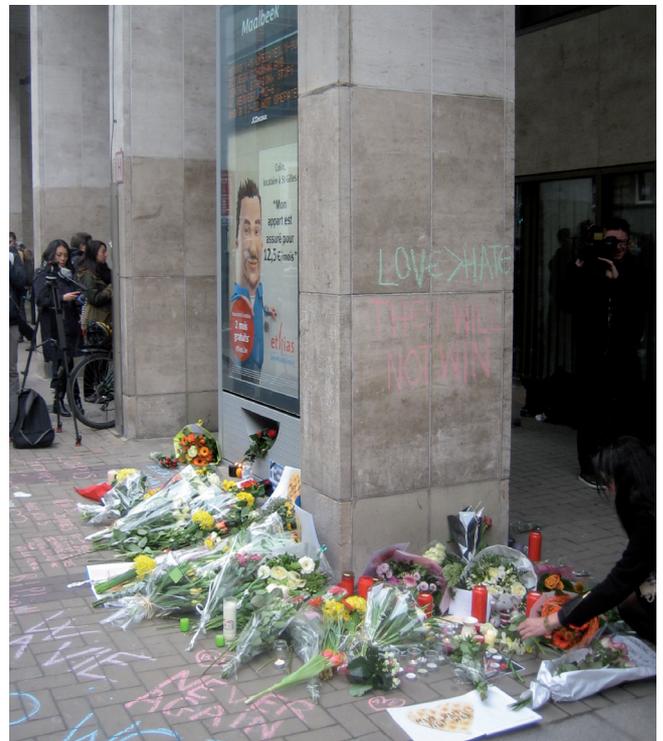
Fast unmittelbar nach der Verurteilung wurde der Vlaams Belang aus der Taufe gehoben. Nach einer weniger erfolgreichen Phase kann die Partei wieder zahlreiche Wahlerfolge verbuchen. Der Status quo der vergangenen Jahrzehnte blieb ja bestehen: Eine Politik der offenen Grenzen, die zu wachsender Unsicherheit führte, die Umvolkung der Großstädte und der Aufstieg des radikalen Islam haben die Situation nur verschlimmert. Die Unfähigkeit des belgischen Systems, diese Probleme anzugehen, hat sich nicht nur in Sicherheitsproblemen, sondern auch in sozialen und politischen Problemen niedergeschlagen.

Die Terroranschläge vom 22. März 2016 in Brüssel haben die Hauptstadt als eine Brutstätte des Islamismus in Europa entlarvt – zur Schande der Politiker, die wegschauten, als die Lage in Brüsseler Stadtteilen wie Molenbeek, Anderlecht und Schaarbeek außer Kontrolle geriet. Klientelismus und das bewusste Unter-den-Teppich-Kehren bestehender Probleme, verschärft durch den politisch korrekten Würgegriff, in dem die gesellschaftliche Debatte gehalten wurde, schufen ein Klima, in dem die Dinge nicht mehr gründlich diskutiert werden können. Unterdessen nimmt das Gefühl der Unsicherheit und der Unbewohnbarkeit in den Großstädten immer mehr zu.

Im sozialen Bereich wurde die Gesellschaft durch den unerbetenen Massenimport von Einwanderern vor vollendete Tatsachen gestellt. Selbsthass und die Vernachlässigung der eigenen Kultur und Traditionen haben dazu beigetragen, dass die Integration großer unterschiedlicher Gruppen in die Gesellschaft unmöglich geworden ist. Auf diese Weise führt die Multikulturalität auch zu einem soziokulturellen Konflikt, in dem das gegenseitige Unverständnis offenbar nur zunimmt. Die Unvereinbarkeit des radikalen Islam mit dem Westen zeigt die soziokulturellen Probleme mit aller Deutlichkeit auf.

Politisch läuteten die Massenmigration und vor allem der politische Opportunismus der traditionellen Parteien allmählich deren Ende ein. Die Sozialdemokraten zogen es vor, ihre Basis im Stich zu lassen und Zuflucht beim neuen Proletariat zu suchen. Infolgedessen begann die Arbeiterklasse, sich massenhaft hinter den Vlaams Belang zu stellen. Auch die Christdemokraten entwickelten sich von einer Regierungspartei und dem Rückgrat der Zivilgesellschaft zu einem links-ideologischen Projekt, das ebenfalls eine ungezügelter Massenmigration befürwortet. Auch die Liberalen, die mit Verhofstadt das beschleunigte Einbürgerungsverfahren und das Ausländerwahlrecht eingeführt haben, sind uneingeschränkt für offene Grenzen.

Heute scheinen die drei traditionellen politischen Familien, die das Land seit mehr als hundert Jahren regierten, alle am selben Strang zu ziehen, nämlich am Strang des Globalismus mit seinem hohlen linksliberalen Diskurs. So entstand eine neue politische Bruchlinie, nämlich die zwischen Globalismus und Nationalismus. Paradoerweise wird letzterer immer wieder als extrem und als Gefahr für die Demokratie bezeichnet. Die Praxis zeigt, dass die Linksliberalen ge-



Trauerbekundungen vor dem Eingang zur Station Maalbeek/Maelbeek, zwei Tage nach dem Anschlag.

© Von Zinneke - Eigenes Werk, CC BY-SA 3.0, <https://commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=47732542>

lernt haben, dass der einzige Weg, ihr System über Wasser zu halten, im Autoritarismus besteht. Nicht die Extreme, sondern die politische Mitte hat sich radikalisiert. Die Zusammensetzung der Bevölkerung in großem Maßstab und gezielt zu ändern, kann nur als radikal bezeichnet werden. Das Gleiche gilt für die Ausschaltung politischer Gegner. Die Vlaams Blok-Prozesse zu Beginn des 20. Jahrhunderts sind ein Beleg dafür, und die jüngste Absicht, Hassreden und Meinungsfreiheit weiter einzuschränken, baut auf dieser Aura auf. Die neue Bruchlinie zwischen Globalismus und Nationalismus ist daher mehr denn je eine Bruchlinie zwischen Autoritarismus und Freiheit.



Hermann Tertsch, Spanien

CEUTA UND MELILLA: Migration als Waffe

EINLEITUNG

Die vom Multikulturalismus inspirierte Politik, die von Brüssel und Spanien aus versucht, die Probleme der illegalen Einwanderung mit Hilfe von Überzeugungsmechanismen zu lösen, in Situationen, in denen diese Instrumente weder realistisch noch empfehlenswert oder auch nur möglich sind, ist ein zum Scheitern verurteiltes Unterfangen. Dies könnte man von ganz Europa sagen, das unter der medialen Hegemonie der Linken eine Einwanderungspolitik durchgesetzt hat, deren eigentliches Ziel darin besteht, die Grenzen praktisch abzubauen und jeden Einwanderer mit einer anfänglichen „Asylbulle“ aufzunehmen, die schnell zu einem geduldeten, wenn nicht gar legalisierten Aufenthalt wird. Es handelt sich um Menschen aus der Dritten Welt, die nur die Zuwiderhandlung der Grenzüberschreitung begehen muss, um in den Genuss der sozialen Vorteile der Ersten Welt zu kommen. Diese Botschaft an die Länder, aus denen diese Migrationsströme stammen, macht jede Eindämmung und Abschreckung des Problems zu einer Farce. Wenn dies für Europa insgesamt ein ernsthaftes Problem ist, so ist es für Spanien, das beim Pro-Kopf-Einkommen im Vergleich zu Marokko das größte Gefälle der Welt aufweist, ein permanentes Drama. Dieser Konflikt an der Grenze zwischen Spanien und Marokko führt zu Instabilität in den beiden spanischen Städten Ceuta und Melilla, die im Norden des afrikanischen Kontinents liegen. Diese beiden Städte gehörten schon vor der Gründung des Königreichs Marokko zum spanischen Staatsgebiet und waren nie Teil dieses Staates.

In Anbetracht dieser Tatsachen hat unser Balanceakt mit Marokko sehr unterschiedliche Perioden durchlaufen. Man kann sagen, dass

die spanische Politik gegenüber Marokko in den letzten fünfzehn Jahren mit Ausnahme der Krise, die zur Aufgabe der Sahara mit dem marokkanischen „Grünen Marsch“ im Jahr 1975 während der Präsidentschaft Francisco Francos führte, systematisch falsch gewesen ist. Unsere diplomatischen Beziehungen zu Marokko, aber auch zu seinem wichtigsten Verbündeten, der wiederum unser eigener Verbündeter ist, sind unterkühlt. Als Marokko engere Beziehungen zu den Vereinigten Staaten knüpfte, hat die Europäische Union und insbesondere Spanien die Regierung von Donald Trump unterschätzt, was sehr negative Folgen für die spanischen Interessen hatte. Während Marokko die Zukunft Europas und Spaniens mit Invasionen bedroht, antwortet Europa mit „Bestechungsgeldern“ und „Flickschusterei“, d. h. mit Manövern, die ein falsches Gleichgewicht mit Marokko und Algerien vorgaukeln, wobei letzteres sein größter Rivale in der Region ist. Marokko und die Großmächte erhöhen ihre Verteidigungsausgaben, doch die EU und Spanien haben nichts weiter getan, als die Grenzverteidigung zu schwächen und den staatlichen Sicherheitskräften die Hände zu binden. Die militärischen Kräfte dieses Landes, die immer stärker und raffinierter werden, erpressen uns, und seine Bürger im wehrfähigen Alter und seine Minderjährigen werden als invasive Waffen gegen unsere europäischen Grenzen eingesetzt, alles Teil einer eindeutig bedrohlichen Strategie des Staates Marokko.

HINTERGRUND

Marokko hält Spanien und das übrige Europa, vor allem aber Spanien, für ein „arrogantes Kolonialland“¹. Diese Einschätzung ist aus einer

Reihe von Gründen, die Anlass für lange Ausführungen sein könnten, völlig unzutreffend. Die Grenze der Europäischen Union zu Marokko ist in sozioökonomischer und politischer Hinsicht die dramatischste der Welt, ein Szenario, das nur schwer zu korrigieren ist. Paradoxerweise ist es Marokko gelungen, das Image eines Staates zu erlangen, der in der Migrationsfrage mit Europa zusammenarbeitet, wodurch es eine privilegierte Beziehung und Position gegenüber der EU erlangen konnte, wenn es um den Erhalt von Geldern, Hilfe und institutioneller Unterstützung geht. Die Geschehnisse in Ceuta und Melilla sollten Spanien und die Europäische Union jedoch dazu veranlassen, das falsche Spiel Rabats aufzudecken, das das Schicksal Tausender von Menschen, die ihr Leben riskieren, um nach Europa zu gelangen, zu seinem eigenen Vorteil ausnutzt und sie schließlich zu einem Druckmittel und Druckinstrument Marokkos macht.

Man hat ein Bild von Europa als einem integrierten und stabilen Ort, während der Süden das Gegenteil ist: fragmentiert und instabil. Ein Süden, der kulturell, identitätsmäßig und religiös homogen erscheint, der aber über diesen bloßen Schein hinaus in einer Nachbarschaft liegt, die aus Staaten besteht, die in ständiger Spannung zueinander stehen, insbesondere unsere unmittelbaren Nachbarn: Marokko und Algerien, die in einem Wettrennen miteinander verstrickt sind.

Rüstungswettläufe sind ein wesentlicher Faktor für die internationale strategische Stabilität und dienen der Vorhersage bewaffneter Konflikte. Ob zwischen zwei Supermächten oder zwischen Regionalmächten, sie werden durch die Absicht einer der Parteien ausgelöst, die andere aufgrund ihrer militärischen Macht zu dominieren, was zu einer gegenseitigen Verfolgung führt, die im Allgemeinen auf der Vorstellung beruht, dass Verhandlungen nur möglich sind, wenn beide auf dem gleichen militärischen und rüstungsmäßigen Niveau sind. Diese Zunahme der Feindseligkeiten zwischen Marokko und Algerien hat direkte Auswirkungen auf die Region der Straße von Gibraltar, insbesondere auf Ceuta und Melilla. Algerien und Marokko rüsten auf, und die Europäische Union sieht untätig zu. Brüssel scheint andere Prioritäten zu haben als die Verteidigung seines Territoriums und der Souveränität seiner Mitgliedstaaten. Die Vernachlässigung der Verteidigung Spaniens ist sträflich und empörend. Das Fehlen von Investitionen und Modernisierungsplänen für die Armee hat eine sehr schwierige Ausgangslage für jede Hypothese eines bewaffneten Konflikts geschaffen.

Die Absicht Marokkos, sich als Macht in der Region zu positionieren und als wichtiger geostrategischer Akteur aufzutreten, steht im Zusammenhang mit seinem Handeln der letzten Jahre und ist eindeutig eine staatliche Strategie. Die Absichten Rabats in Bezug auf Ceuta und Melilla, aber auch auf die Kanarischen Inseln, wo im Jahr 2020 mehr als 21.000 illegale Einwanderer ankamen und eine noch nie dagewesene soziale Situation entstand², stehen im Einklang mit dieser staatlichen Strategie.

Im Rahmen dieser staatlichen Strategie kündigte Marokko 2017 einen Fünfjahresplan für die Aufrüstung an, mit dem Ziel, eine regionale militärische Vormachtstellung zu erlangen³. Der Plan sieht den Kauf von Rüstungsgütern im Wert von 22 Milliarden Dollar vor, was einen bedeutenden Impuls für die marokkanische Verteidigungsindustrie darstellt. Und das mit finanzieller Unterstützung Saudi-Arabiens⁴. Die Tatsache, dass sich Marokko, aber auch Algerien, auf eine Situation vorbereitet, in der ein Krieg gegen seine Nachbarländer oder innerhalb seiner eigenen Grenzen nicht ausgeschlossen ist, sollte Gegenstand einer besonderen Analyse sein und für die nationale

Sicherheit Priorität haben, aber weder die Europäische Union noch die spanische Regierung waren bislang in der Lage, angemessene Maßnahmen zu ergreifen.

Hinzu kommt die Festigung der marokkanischen Kontrolle über die Westsahara, die eine direkte Folge des fünfjährigen Aufrüstungsplans Marokkos und der Anerkennung der Souveränität Marokkos über dieses früher zu Spanien gehörende Gebiet durch die USA ist, auch wenn daran erinnert werden muss, dass diese Anerkennung von den Vereinten Nationen auszusprechen ist. In der Vorstellung Marokkos stellt dies einen Quantensprung in seinen territorialen Ansprüchen dar und ist somit eine Herausforderung für die territoriale Integrität Spaniens. In dem Bericht des Instituto de Seguridad y Cultura von 2021⁵ wird daran erinnert, dass ein Teil der marokkanischen Mentalität und strategischen Kultur davon träume, „eine Agenda der territorialen Expansion im Einklang mit dem alten Konzept von Großmarokko zu verfolgen. Dies impliziert unter anderem die Kontrolle von Ceuta und Melilla“. Der marokkanische Premierminister Saad Eddine El Othmani bestätigte kürzlich in einem Interview mit einem ägyptischen Sender, dass „Ceuta und Melilla genauso marokkanisch wie die Sahara“ seien⁶.

MIGRATION ALS WAFFE

Marokko hat verschiedene Aktionen gestartet, die Teil eines perfekt strukturierten hybriden Krieges gegen Spanien sind. Ceuta und Melilla erleben seit einigen Jahren eine anhaltende wirtschaftliche, soziale und institutionelle Krise, bei der außer Frage steht, dass sie stark genug ist, um beide Städte in die Knie zu zwingen, wenn Europa nicht wirksam reagiert⁷. Rabat hat nie aufgehört, sein Interesse an den spanischen Gebieten Nordafrikas kundzutun, lässt aber auch die Kanarischen Inseln nicht aus den Augen, indem es die Zeiten und Formen seiner bilateralen Beziehungen sowohl mit Spanien als auch mit der Europäischen Union bestimmt⁸.

Die bedrohlichen Ansprüche Marokkos wurden durch die katastrophale Außenpolitik der spanischen Regierung noch verschärft. Pedro Sánchez ist der einzige Ministerpräsident, der den Besuch Marokkos nicht als Priorität auf seine Agenda gesetzt hat. Zudem hat diese Regierung keine vernünftigen oder problemlosen diplomatischen Beziehungen zu den Vereinigten Staaten, weder zu der vorherigen Trump-Regierung noch zu der aktuellen Biden-Regierung.

Ein besonders schwerwiegender Fall, der die Gesamtzahl der Versumnisse noch erhöht, war eine geheime Operation⁹, mit der der Führer der Polisario-Front, Brahim Ghali, unter dem Vorwand einer medizinischen Behandlung nach Spanien gebracht wurde. Diese Person ist ein Protegé Algeriens und ein Todfeind Marokkos. Sie wurde von Außenminister González Laya mit einer so katastrophalen Ungeschicklichkeit inszeniert, dass sie einen sehr ernsten diplomatischen Konflikt mit Marokko auslöste. Dies war ganz oder zum Teil der Grund für die marokkanische Repression in Form der Invasion von Ceuta und Melilla durch Tausende von Marokkanern an der Grenze. Die Ministerin wurde im Juli 2021 ihres Amtes enthoben und kürzlich wegen der Unregelmäßigkeiten in diesem Fall der Zusammenarbeit mit einem Terroristenführer angeklagt¹⁰, gegen den in Spanien schwere Vorwürfe erhoben werden. Der marokkanische Minister für Menschenrechte, Mustafa Ramid, erklärte in diesem Zusammenhang, dass der Preis für die Unterschätzung seines Landes „sehr hoch“ gewesen sei¹¹. Marokko nutzte diese Situation, um Spanien eine „Warnung“ zukommen zu lassen, dass es nicht nur über Waffen

Hermann Tertsch del Valle-Lersundi ist ein Mitglied des Europäischen Parlaments für die Liste der politischen Partei VOX. Er ist stellvertretender Vorsitzender der Fraktion der Europäischen Konservativen und Reformisten (ECR), Vizepräsident der Parlamentarischen Versammlung Europa-Lateinamerika (EuroLat) und Mitglied der Ausschüsse für auswärtige Angelegenheiten (AFET) und Umwelt (ENVI). Außerdem ist er Vorsitzender der ECR EuroLat Policy Group.

Tertsch hat seine gesamte berufliche Laufbahn als politischer Journalist verbracht. 2019 kandidierte er zum ersten Mal bei Wahlen.

Tertsch, der sich besonders dem kulturellen Kampf gegen Marxismus und Globalisierung widmet und eine antikommunistische Front gegen das Forum von Sao Paulo und die Puebla-Gruppe unterstützt, wurde zum Mitglied des Kuratoriums der Stiftung Disenso ernannt, deren Vorsitzender Santiago Abascal ist. Darüber hinaus wurde er zum Vorsitzenden des Redaktionsausschusses der Gaceta de la Ibersfera, der Zeitung der Stiftung, ernannt.

Der 1958 in Madrid geborene Journalist begann seine Laufbahn 1982 in der Wiener Delegation der Agentur EFE, 1985 wechselte er zur Zeitung El País in den internationalen Teil und wurde 1993 zum stellvertretenden Chefredakteur der Zeitung El País und zum Leiter des Ed-Op-Bereichs ernannt. Im Jahr 2007 wurde er Direktor und Redakteur der Nachrichtensendung „Diario de la Noche“ bei Telemadrid, die zu einer politischen Referenz für die spanischen Konservativen wurde.

Er ist Autor mehrerer Bücher, Essays und Romane. Er hat zahlreiche Auszeichnungen erhalten, darunter den Cirilo Rodríguez, den Kontinentalpreis für Journalismus, den Preis des International Press Club und den Europapreis für Journalismus des Europäischen Parlaments. Er wurde mit den Medaillen des Staatspreises für Verdienste der Republik Österreich und dem Goldenen Verdienstkreuz des Staates Ungarn ausgezeichnet.

Über meine Arbeit können Sie sich auf meinen Kanälen in den sozialen Medien informieren:



<https://twitter.com/hermanntertsch>



<https://www.hermanntertsch.es>

Gerne können Sie mich auch direkt kontaktieren:

Europäisches Parlament, WIE 07U036, Rue Wiertz 60, B-1047 Brüssel, Tel.: 0032 2 28 45655, E-Mail: hermann.tertsch@europarl.europa.eu

verfügt, sondern auch über illegale Einwanderung als Hauptwaffe, die es nach eigenem Ermessen einsetzen werde.

Als Reaktion auf diesen Konflikt fand vom 17. bis 20. Mai eine von der marokkanischen Polizei organisierte Migrationsinvasion statt, bei der nach Angaben der Internationalen Organisation für Migration (IOM) der Vereinten Nationen fast 10.000 Marokkaner im wehrfähigen Alter illegal in die Städte Ceuta und Melilla eindringen, darunter mindestens 1.500 Minderjährige¹², nachdem marokkanische Beamte die Grenzposten für sie geöffnet hatten.

Bis heute ist die spanische Innenministerin Grande Marlaska nicht bereit, genaue Informationen über die Zahl der illegalen Einwanderer zu nennen, die in das spanische Hoheitsgebiet gelangt sind. In seinen Bilanzen und Berichten für das Jahr 2021 und in den alle vierzehn Tage erscheinenden Berichten über die irreguläre Einwanderung für das Jahr 2021¹³ gibt es keine wesentlichen Unterschiede zum Vorjahr. In den Medien wird die Zahl der Migranten, die illegal die europäische Grenze überquert haben, mit 8.000 bis 15.000 angegeben. Nach den oben genannten Daten der IOM wird geschätzt, dass die Gesamtzahl der Einwanderer, die allein nach Ceuta und Melilla illegal eingereist sind, um 637 Prozent höher ist als der im Jahr 2020 verzeichnete Strom illegaler Einwanderer. Dies steht in krassem Gegensatz zu den 1.385 illegalen Grenzübertritten, die das Innenministerium angibt.

Sowohl Ceuta als auch Melilla haben 84.000 Einwohner, und diese Migrationslawine machte einen sehr hohen Prozentsatz ihrer Ge-

samtbevölkerung aus, so dass sie völlig überfordert waren, zumal ihre Geschäfte und Betriebe geplündert, ihre Bürger terrorisiert wurden und auf den Straßen Chaos herrschte.

Viele dieser minderjährigen Migranten wurden vom marokkanischen Regime ausgetrickst und benutzt. Sie wurden an ihren Schultern aufgefordert, in Busse nach Ceuta und Melilla zu steigen, und wurden mit der Lüge motiviert, dass sie berühmte Fußballspiele und Spieler sehen würden. Diese Kinder wurden von ihren Eltern getrennt und vom marokkanischen Regime benutzt, das ihr Leben gefährdete. Vier Monate später sind viele Eltern immer noch auf der Suche nach ihren Kindern und wissen nicht, wo sie sich aufhalten. Diese massive Aggression auf spanischem Staatsgebiet war eine Drohung Marokkos, wozu es in der Lage wäre, um die beiden spanischen Städte im Wege einer Invasion zu erobern.

"PULL-EFFEKT", DEN DIE SPANISCHE REGIERUNG UND DIE EUROPÄISCHE UNION AUSGELÖST HABEN

Seit dem Amtsantritt von Pedro Sánchez im Jahr 2018 gibt es einen Pull-Effekt, der nur mit der Krise der Cayucos unter der Regierung eines anderen Sozialisten und ehemaligen spanischen Ministerpräsidenten, Rodríguez Zapatero, vergleichbar sind. Illegale Einwanderer wurden von den Kanarischen Inseln geholt und heimlich auf der Halbinsel verteilt. Ebenso hat die spanische Regierung nach und nach die öffentlichen Sicherheitskräfte an den Grenzen von Ceuta



und Melilla abgezogen, und die sog. „concertinas“^{**}, die den Zugang zu unserem Gebiet verhindern, wurden entfernt. Darüber hinaus bedrohen die faktische Aussetzung der Abschiebung illegaler Einwanderer während der Pandemie, die schrittweise Freilassung von Häftlingen in den Ausländergefängnissen (CIES), die Unterbringung illegaler Einwanderer in Hotels und andere Maßnahmen die Integrität und Sicherheit des spanischen Territoriums.

Der „übermäßigen Schutz“ für unbegleitete minderjährige Ausländer (MENA) kostet die öffentlichen Kassen 4.700 EUR pro Monat für jeden illegal eingewanderten Minderjährigen, während ein älterer nationaler Rentner nur 426 EUR Rente erhält. Das sind 1.103 Prozent mehr für einen unbegleiteten Minderjährigen als für Rentner. Darüber hinaus kann ein MENA bei der Autonomen Gemeinschaft, der er angehört, ein Mindesteinkommen für bedürftige Personen beantragen, das zwischen 400 und 700 EUR pro Monat liegen kann. Außerdem wird die Regierung Sánchez nicht müde, Zahlungen an Marokko zu leisten, um sich den Seelenfrieden zu erkaufen, den ihre Führung nicht anders zu bekommen scheint, und hat Marokko bereits 120 Mio. EUR unter dem Vorwand überwiesen, die Situation der illegalen Einwanderung „in den Griff zu bekommen“¹⁴.

Die Europäische Union räumt ein, dass es im Jahr 2020 125.100 irreguläre Grenzübertritte in der EU gab und dass davon 13,7 Prozent auf marokkanische Einwanderer, 10,6 Prozent auf Algerier und weitere 10,5 Prozent auf Tunesier entfielen, deren Hauptziel das spanische

haben, Mafias, und laut Interpol nutzen sie die schwachen Gesetze aus, um sich zu bereichern¹⁸. Genau dies geschieht mit der Zunahme der illegalen Einwanderung; sie ist eine Gelegenheit für diese Menschenhandelsmafia, sich auszudehnen, wozu der „Pull-Effekt“, den die spanische Regierung und die Europäische Union ausgelöst haben, entscheidend beiträgt. In einem von Europol und Interpol im Mai 2016 gemeinsam veröffentlichten Bericht¹⁹ wird geschätzt, dass mehr als 90 Prozent der illegalen Einwanderer, die in die Europäische Union kommen, dies über Mafiabanden und organisierte kriminelle Netzwerke tun.

SCHLUSSFOLGERUNGEN

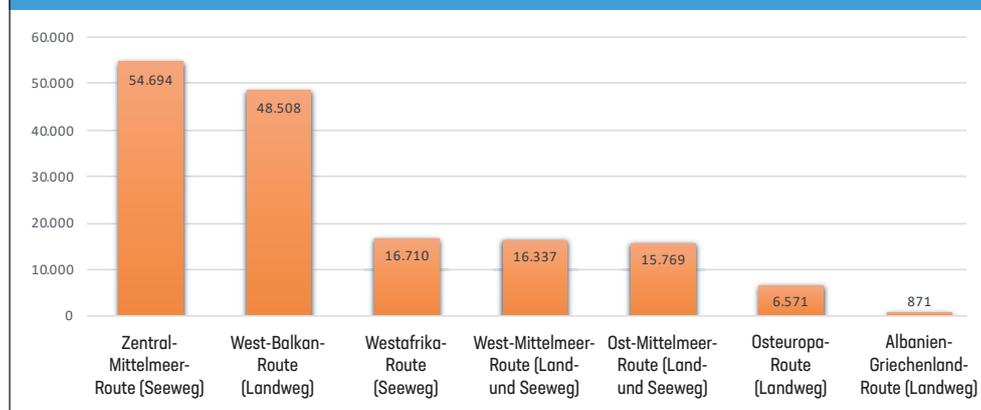
Unmittelbar verantwortlich für den massiven Zustrom illegaler Einwanderer sind die Politiker, die an der Macht sind. Die Verträge der Europäischen Union stehen für die Kontrolle und den Schutz unserer Grenzen, aber die Schwäche der EU führt zu einer kontinuierlichen und gewalttätigen Verletzung dieser Verträge durch wiederholte Grenzverletzungen. Würden die Mitgliedstaaten die Gesetze, die sie anzuwenden haben, durchsetzen, wäre dieses Problem längst gelöst.

Die marokkanische Politik hat jetzt und in Zukunft Auswirkungen auf Spanien, und sie versucht, Marokko als regionale Macht zu positionieren. Die wiederholten Ansprüche Marokkos auf Ceuta und Melilla im Laufe der Jahre in der Generalversammlung der Vereinten Nationen stehen im Gegensatz zu der wohlwollenden und selbstgefälligen Reaktion dieser supranationalen Organisationen gegenüber denjenigen, die die territoriale Integrität Spaniens in Frage stellen, und sind Ausfluss der Entscheidungen, die auch von der Europäischen Union getroffen wurden.

Spanien als südliche Grenze der Europäischen Union sollte dieser nachbarschaftlichen Beziehung energischer Grenzen setzen, und diese Schläge gegen Ceuta und Melilla sind echte Angriffe auf die nationale und europäische Souveränität. Doch keine der spanischen Regierungen der letzten fünf Jahre war in der Lage, die Interessen des Landes zu verteidigen

oder seine Position gegenüber Marokko zu verbessern. Die Position der Europäischen Union als Ganzes ist schwach, und sie wird in dieser Hinsicht erpresst. In diesem Fall geht es, wie bereits gesagt, um die Integrität der beiden spanischen Städte Ceuta und Melilla. Doch weder die spanische Regierung noch die Europäische Union fühlen sich berufen, sich um den Schutz der Integrität des Territoriums, der Sicherheit und der Zukunft der Europäischen Union zu kümmern. Wenn diese Entwicklung anhält, haben wir unsere Grundsätze und Werte zugunsten eines bedrohlichen Islamismus aufgegeben.

ANZAHL DER ILLEGALEN GRENZÜBERTRITTE IN DIE EUROPÄISCHE UNION DURCH FLÜCHTLINGE NACH FLUCHTROUTEN IM ZEITRAUM JANUAR 2021 BIS OKTOBER 2021



Quelle: <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/461364/umfrage/illegale-grenzuebertritte-in-die-eu-durch-fluechtlinge-nach-fluchtrouten/>

Staatsgebiet ist¹⁵. Hinzu kommen die von der Europäischen Union geförderten Neuansiedlungsprogramme, die seit 2015 70.000 Menschen dazu gezwungen haben, sich auf spanischem Staatsgebiet niederzulassen¹⁶, sowie die Tatsache, dass 95 Prozent der Personen, die einen Asylstatus erhalten, irregulär in die EU eingereist sind.¹⁷

Die Zunahme der illegalen Einwanderung führt zur Ausbreitung des Menschenschmuggels, wobei sich beide gegenseitig verstärken. Es gibt kriminelle Gruppen, die sich dem Menschenhandel verschrieben

haben, Mafias, und laut Interpol nutzen sie die schwachen Gesetze aus, um sich zu bereichern¹⁸. Genau dies geschieht mit der Zunahme der illegalen Einwanderung; sie ist eine Gelegenheit für diese Menschenhandelsmafia, sich auszudehnen, wozu der „Pull-Effekt“, den die spanische Regierung und die Europäische Union ausgelöst haben, entscheidend beiträgt. In einem von Europol und Interpol im Mai 2016 gemeinsam veröffentlichten Bericht¹⁹ wird geschätzt, dass mehr als 90 Prozent der illegalen Einwanderer, die in die Europäische Union kommen, dies über Mafiabanden und organisierte kriminelle Netzwerke tun.

* „Concertinas“: Stacheldraht, der spiralförmig angeordnet ist, um das Vorankommen von Personen zu verhindern

MIGRATIONSDRUCK ALS WAFFE

in einem hybriden Krieg

Migration ist ein komplexes und vielschichtiges Phänomen. Menschen wandern auf internationaler, nationaler und regionaler Ebene. Migrationen sind von verschiedenen Faktoren geprägt, die gesellschaftlicher, wirtschaftlicher oder politischer Art sind. Menschen wandern, um ihren Lebensstandard zu verbessern, um im Ausland zu arbeiten oder zu studieren, um zu Familienangehörigen nachzuziehen oder um auf der Flucht aus von Konflikten geplagten Ländern oder Regionen internationalen Schutz zu suchen. Migration hat aber auch tiefgreifende Auswirkungen auf unsere Gesellschaften, Volkswirtschaft und Kulturen. Sie kann zu Wirtschaftswachstum, Innovation und sozialer Dynamik beitragen. Die wichtigsten gesellschaftlichen Herausforderungen, vor denen die heutige Welt steht – Demografie, Klimawandel, Sicherheit, globaler Wettlauf um Talente und Wohlstandsgefälle – wirken sich allesamt auf die Migration aus. Wenn die Migration jedoch nicht gut gesteuert und kontrolliert wird, kann sie eine Reihe von Sicherheits- und Terrorismusrisiken mit sich bringen und somit unsere öffentliche und nationale Sicherheit gefährden.

In den letzten Monaten beobachten wir auch eine andere Art und Weise, die Migration zur Destabilisierung der inneren und internationalen Lage zu nutzen. Die Regierung von Belarus hat begonnen, Wirtschaftsmigranten in ihr Hoheitsgebiet zu holen, um ihnen unter Mit Hilfe des staatlichen Apparats, konkret der eigenen Grenzbehörden, die rechtswidrige Überschreitung der Grenze der Europäischen Union zu ermöglichen. Das ist nicht nur eine zusätzliche Einnahmequelle für das Lukaschenka-Regime, sondern vor allem eine Form eines hybriden Angriffs gegen Polen. Gleichzeitig erweckt die belarussische Regierung den Eindruck, dass die Zunahme des Migrationsstroms natürlicher Art sei, und Propagandaaktivitäten sollen auf die öffentliche Meinung einwirken und die Reaktion der europäischen Länder auf dieses Phänomen schwächen. Nach Angaben der polnischen Sicherheitsdienste wohnen viele der Menschen, die an die polnisch-belarussische Grenze gezogen sind, seit vielen Jahren in Russland, haben eine militärische Schulung erhalten oder besitzen Kontakte zu terroristischen Organisationen.

Einem ähnlichen Druck sind auch Litauen und Lettland ausgesetzt, die ähnlich wie Polen die Außengrenze der EU entschlossen verteidigen. Mit dieser künstlich heraufbeschworenen Migrationskrise soll die Bereitschaft Europas, seine Außengrenzen nicht nur gegen die Migration selbst, sondern auch gegen herkömmliche Sicherheitsbedrohungen zu verteidigen, auf die Probe gestellt werden. Ein so aggressives Vorgehen von Belarus wäre sicherlich undenkbar ohne die Zustimmung und das Einverständnis Russlands, dem an einer dauerhaften Destabilisierung Europas, auch durch ein Entfachen gesellschaftlicher und kultureller Unruhe, gelegen ist. Ein unkontrollierter Zustrom von Wirtschaftsmigranten kann genau dies zur Folge haben. Bevor wir die Perspektive der illegalen Einwanderung aus der Sicht Polens betrachten, lohnt sich ein Blick darauf, die die Migrationslage derzeit in der Europäischen Union aussieht. Nach Angaben von Eurostat wanderten im Jahr 2020 mehr als 2,7 Millionen in die EU ein und mehr als 1,2 Millionen Menschen aus der EU aus. Das bedeutet, dass die Außengrenzen der EU unter enormem Druck stehen. Im Jahr 2021

wurden bisher etwa 120.000 Fälle illegalen Grenzübertritts an allen EU-Außengrenzen verzeichnet; im Vergleich dazu waren es 2020 im gleichen Zeitraum knapp 77.000 und im gleichen Zeitraum 2019 etwas über 91.000. Besonders hoch bleiben die Ströme im Mittelmeerraum, wo Italien, Spanien und Griechenland zum Schwerpunkt der Zuwanderung nach Europa werden.

Gleichzeitig jedoch ist im Osten eine neue Migrationsroute nach Europa entstanden. Sie ist nicht das Ergebnis der natürlichen geografischen Nähe von Ländern, aus denen Arbeitsmigranten traditionell nach Europa kommen. Es handelt sich ausschließlich um die Auswirkung einer Instrumentalisierung derjenigen, die durch das belarussische Regime zu politischen und propagandistischen Zwecken ihren materiellen Status verbessern wollen.

Seit Juli 2021 organisiert Belarus staatlich geförderte Migrantenschleusung in die EU und erleichtert die Durchreise von Migranten aus Asien, dem Nahen Osten und Afrika nach Polen, Litauen und Lettland. Allein in der Hälfte des Monats Oktober verhinderten diese drei Staaten über 4.500 illegale Versuche, die EU-Außengrenze zu überqueren. Die Gesamtzahl der Neuankömmlinge aus Belarus nach Polen und in die baltischen Staaten erreichte 2021 einen Stand von 6 800, davon fast 2.230 in Polen.

Darüber hinaus beantragen immer mehr Menschen in der EU internationalen Schutz. In diesem Jahr wurden in den Mitgliedstaaten mehr als 400.000 Asylanträge gestellt, hauptsächlich in Deutschland, Frankreich und Spanien. Schließlich ist die legale Migration von Menschen, die in die Union einreisen, um hier zu arbeiten oder zu studieren, nach wie vor sehr hoch. Eurostat-Daten zufolge wurden allein



Polnische Grenzbeamte schützen die polnisch-weißrussische Grenze.

Quelle: <https://twitter.com/visegrad24/status/1464044046754762757/photo/1>

im Jahr 2020 Drittstaatsangehörigen, die legal in die EU einreisten, über 2,2 Millionen erste Aufenthaltsgenehmigungen erteilt. Zum Vergleich: Im Jahr 2019, also vor der COVID-19-Pandemie, wurden fast 3 Millionen dieser Titel ausgestellt. Fast 600.000 dieser Genehmigungen wurden in Polen ausgestellt, was der unwahren Auffassung entgegensteht, mein Land lehne jegliche Migration ab.

Wie wir sehen, nehmen diese Zahlen trotz der COVID-19-Epidemie zu. Nun stellt sich die Frage, wie diese Bewegungen in die EU wirksam bewältigt und gesteuert werden können, um die illegale Einwanderung zu stoppen oder zu einzudämmen und gleichzeitig die Voraussetzungen für die Aufnahme derjenigen zu schaffen, die die Kriterien für eine Einreise erfüllen und eine positive Rolle bei der Entwicklung unserer Volkswirtschaften und Gesellschaften spielen können.

Bekanntlich hat die Europäische Union auf diese Frage unterschiedliche Antworten. Eine davon war die Öffnung der Grenzen während der Krise im Jahr 2015 und die Aufnahme von Millionen Migranten in die EU auf Einladung von Bundeskanzlerin Merkel. Danach kam die Idee einer verpflichtenden Umverteilung von Migranten innerhalb der EU auf. Nach dieser Krise war Polen in den Jahren 2017 und 2018 zusammen mit den Partnern aus der Visegrád-Gruppe (V4) und Italien in der Lage, die Verwirklichung dieser fehlerhaften Politik zu verhindern. Wir argumentierten, dass es ein Fehler ist, Menschen in die EU zu holen und gewaltsam auf die ganze EU zu verteilen. Eine solche Umverteilung würde unsere Gesellschaften offensichtlich gefährden und Anreize für weitere Menschen schaffen, nach Europa zu kommen. Die Entscheidung, wen sie in ihr Hoheitsgebiet aufnehmen, sollten die Mitgliedstaaten treffen und nicht Brüssel. Da Migranten, die nach Europa kommen, in ausgewählte reichste Länder streben, müsste der Versuch, sie dazu zu zwingen, sich dort niederzulassen, wohin sie Unionsbeamte schicken, eine Welle der Unzufriedenheit auslösen.

Aufgrund dieses Standpunkts konnten Polen und andere V4-Länder den Schwerpunkt der Beratungen im Rat auf das Grenzmanagement und die Schaffung eines wirksamen Rückführungsmechanismus verlagern. Dies ist angesichts der derzeitigen Herausforderungen, die wir an der Grenze zu Belarus zu bewältigen haben, äußerst wichtig. Die gesellschaftliche und politische Lage in der Welt führt auch dazu, dass der Migrationsdruck auf die Europäische Union zunehmen wird. Daher müssen unsere Grenzen dicht und die Migrationsverfahren klar, aber entschieden sein. Nur so können wir die Sicherheit unserer Bürgerinnen und Bürger sicherstellen.

Der riesige Erfolg Polens, Tschechiens, Ungarns und der Slowakei bestand darin, die europäischen Partner davon zu überzeugen, diesen Weg einzuschlagen und die Schlussfolgerungen des Europäischen Rates vom Juni 2018 anzunehmen. In diesen Schlussfolgerungen werden die Schlüsselemente der Migrations- und Asylpolitik der EU festgelegt, die unter uneingeschränkter Verantwortung aller Mitgliedstaaten umgesetzt werden sollten.

Wir können heute auch sagen, dass die Europäische Kommission eher geneigt zu sein scheint, der polnischen Argumentation zu folgen. Dies spiegelt sich unter anderem in dem neuen Impuls für die EU-Migrationsreform wider, der in dem im September des vergangenen Jahres von der Kommission veröffentlichten neuen Migrations- und Asylpaket festgelegt wurde. Selbstverständlich ist in den Diskussionen die Idee verbindlicher Umsiedlungsquoten in der EU nach wie vor präsent, aber ich bin überzeugt, dass ähnlich wie vor drei Jahren die Vernunft obsiegen wird.

Anscheinend konzentriert sich die gegenwärtige Diskussion über die Migration im Rat, auch angesichts der Schwierigkeiten mit illegalen Einwanderern in vielen europäischen Ländern, auf die Notwendigkeit, an unseren Außengrenzen zügige und wirksame Grenzverfahren einzuführen. Darüber hinaus wird mehr Nachdruck auf die sogenannte externe Dimension der Migration gelegt. Die EU konzentriert sich zunehmend auf die Bekämpfung der grundlegenden Ursachen der Migration in den Herkunftsländern durch humanitäre Hilfe und Entwicklungshilfe. In der anhaltenden Diskussion dürfen auch die Feindseligkeiten unter Nutzung von Migranten, wie wir sie an der Ostgrenze der Europäischen Union beobachten, nicht außer Acht gelassen werden. In einer Situation, in der Bevölkerungsströme für hybride Angriffe auf Mitgliedstaaten genutzt werden, wären jegliche Zugeständnisse, jedes Abweichen vom Primat des Grenzschutzes oder die Zustimmung zu einem unkontrollierten Zustrom von Menschen für unsere Innen- und Außenpolitik verheerend.

Gerade in diesem europäischen Kontext sollten wir die polnische Antwort auf die Migration sehen. Diese Antwort ist sehr einfach und dient drei Zielen. Das erste davon sind der wirksame Schutz und die wirksame Kontrolle der Grenzen. Die zweite sind wirksame und rasche Rückführungen illegaler Migranten in ihr Herkunfts- oder Transitland. Und das dritte ist die angemessene Steuerung des Zustroms von Migranten – wir sollten unsere Grenzen für diejenigen öffnen, die die Einreisekriterien erfüllen (legale Migranten), in Schwierigkeiten befindlichen Menschen, deren Leben in Gefahr geraten ist, Schutz gewähren und gleichzeitig Drittländer direkt unterstützen.

Eine wirksame Kontrolle der Grenzen ist für die Steuerung der Bevölkerungsströme von entscheidender Bedeutung. Besonders deutlich wird dies an der Grenze zwischen der EU und Belarus, das die illegale Einwanderung nach Polen, Litauen und Lettland fördert. Wir sind der Auffassung, dass das Grenzmanagement eine innerstaatliche Aufgabe darstellt, die jeder Mitgliedstaat erfüllen muss, um den zunehmenden Migrationsdruck aufzuhalten. Wir müssen wissen, wer in die Union kommt und ob ankommende Migranten schon an der Grenze ordnungsgemäß überprüft werden. Nur das Bewusstsein, dass das Überschreiten der EU-Grenze schwierig ist und dass eine eingehende Identitätskontrolle der Person, die die Grenze zu überqueren versucht, vorausgeht, kann wirksam von Versuchen ihrer illegalen Überwindung abschrecken.

Polen hat erhebliche Eigenmittel und EU-Mittel investiert, um unsere Ostgrenze zu stärken, unter anderem durch die Bereitstellung neuer Infrastrukturen, eine Verbesserung des polnischen Grenzmanagementsystems und den Einsatz neuer Technologien für die Grenzkontrolle. Das polnische Grenzmanagementsystem wurde vor der Aufnahme Polens in den Schengen-Raum im Jahr 2007 vollständig umgestaltet und an die sich verändernde Migrationslage angepasst. Polens Ostgrenze ist einer der am besten gesicherten Abschnitte der EU-Außengrenze.



Zusammen mit der Verstärkung der Grenzkontrollen besteht jedoch die dringende Notwendigkeit, Rückführungen aus der Europäischen Union in Drittländer zu erleichtern. Personen, die illegal nach Europa kommen und die Einreisekriterien nicht erfüllen, sollten unverzüglich zurückgeführt werden, am besten schon an der Grenze. Polen hat einen der höchsten Prozentsätze solcher Entscheidungen. 80 Prozent der Personen, gegen die in Polen eine Rückkehrentscheidung ergangen ist, werden tatsächlich in ihr Herkunftsland zurückgeführt, während südeuropäische Mitgliedstaaten wie Griechenland keine 30 Prozent erreichen können. Im Jahr 2018 hat Polen mehr als 25.700 Migranten und 2019 mehr als 25.800 Migranten wirksam zurückgeführt. Dies ist unter anderem auf die gute bilaterale Zusammenarbeit Polens mit den Nachbarländern und die zügigen Verfahren zurückzuführen.

Ein Migrationssystem muss die Ströme wirksam steuern. Polen erleichtert die legale Migration durch einfache und schnelle Verfahren und lässt ukrainische Staatsbürger sowie Migranten aus den Staaten der ehemaligen Sowjetunion zu. Für diejenigen, die länger in Polen bleiben und sich in die polnische Gesellschaft integrieren wollen, bieten wir Integrationsmaßnahmen, Sprachkurse und Rechtsberatung sowie Zugang zur Bildung an.

Ein effizientes Aufnahmesystem harmonisiert mit den Maßnahmen Polens im Bereich der Migration außerhalb der EU. Um einen Zustrom von Migranten zu verhindern, entwickelt Polen – häufig in Zusammenarbeit mit anderen Mitgliedstaaten und der Europäischen Kommission – aktiv humanitäre Programme und Entwicklungsprogramme im Nahen Osten, in Afrika und in Asien. Gleichzeitig nimmt Polen aktiv an der Gestaltung von Finanzierungsprogrammen der EU teil, mit denen die eigentlichen Ursachen der Migration angegangen und Drittstaaten ermutigt werden sollen, die Zusammenarbeit bei der Rückkehr und Rückübernahme zu erleichtern. So hat Polen Anfang dieses Jahres im Rat die Annahme des Instruments für Nachbarschaft, Entwicklungszusammenarbeit und internationale Zusammenarbeit (NDICI) der EU unterstützt. Durch dieses Instrument wird der größte Teil der Mittel für auswärtiges Handeln der EU in Höhe von 79 Mrd. EUR kanalisiert. Es wird das wichtigste Instrument der EU zur Beseitigung der Armut und zur Förderung einer nachhaltigen Entwicklung, des Wohlstands, des Friedens und der Stabilität in der Nachbarschaft der EU und darüber hinaus sein.

Was heute die größte Herausforderung zu sein scheint, ist eine wirksame Antwort auf den Migrationsdruck, den Belarus an der Ostgrenze der EU künstlich hervorruft. Der Einsatz der Migration als Waffe in einem hybriden Krieg ist ein neues Phänomen, mit dem wir uns rasch befassen müssen. Wie bei den natürlichen Migrationsströmen müssen wir vor allem unsere Grenz- und Asylverfahren konsequent einhalten und den Migrationsursachen entgegenwirken. Es bedarf auch weiterhin politischen und wirtschaftlichen Drucks auf unsere Nachbarn, die wie Belarus das menschliche Drama ausnutzen, um ein schmutziges und zynisches Spiel zu spielen, bei dem die Sicherheit unserer Bürgerinnen und Bürger und die Gesundheit und das Leben irregulärer Migranten auf dem Spiel stehen.



Kosma Złotowski wurde 1964 in Bydgoszcz geboren. Er studierte an der Universität Warschau, an der er 1990 den Studiengang Polnische Philologie abschloss. 2004 erwarb er an der *Dominican University* in Chicago den Titel eines *Master of Business Administration*.

Seine politische Betätigung begann er 1990, als er der Partei *Porozumienie Centrum* (Zentrumsallianz) beitrug. Seit 2002 ist er Mitglied der Partei *Prawo i Sprawiedliwość* (Recht und Gerechtigkeit, PiS).

In den Jahren 1994 bis 1995 war er Stadtpräsident von Bydgoszcz. Im Jahr 1997 errang er zum ersten Mal ein Abgeordnetenmandat. 2005 gewann er ein Senatsmandat und wurde nach der Parlamentswahl 2011 erneut Mitglied der Kammern des Sejm der Republik Polen.

Seit 2014 vertritt er Polen und die Woiwodschaft Kujawien-Pommern als Mitglied der Fraktion der Europäischen Konservativen und Reformer im Europäischen Parlament im Ausschuss für Verkehr und Tourismus sowie im Petitionsausschuss.

Über meine Arbeit können Sie sich auf meinen Kanälen in den sozialen Medien informieren:



<https://www.kosmazlotowski.eu/>



<https://www.twitter.com/KosmaZlotowski>



<https://www.facebook.com/kosmazlotowski>

Gerne können Sie mich auch direkt kontaktieren:
Europäisches Parlament, WIE 06U045, Rue Wiertz 60,
B-1047 Brüssel, Tel.: 0032 2 28 45775,
E-Mail: kosma.zlotowski@europarl.europa.eu

MIGRATION IN GROßBRITANNIEN und deren Einfluss auf den Brexit

Der amtierende britische Premierminister David Cameron, der von 2010 bis 2015 nur dank einer Koalition mit den Liberal-Demokraten regiert hatte, errang bei den Unterhauswahlen 2015 einen überraschend deutlichen Sieg und die absolute Mehrheit im britischen Unterhaus. Ein wichtiger Grund für den klaren Sieg der Konservativen war deren Wahlversprechen, noch vor Ende 2017 das britische Volk über den Verbleib in der EU abstimmen zu lassen. Camerons Kalkül war, dass er das Brexit-Referendum, wie zuvor das Referendum über die Unabhängigkeit Schottlands, zu einem Vertrauensvotum für die konservative Regierung machen könne.

Dies erwies sich als (gigantische) Fehlkalkulation. Das Votum für den Austritt Großbritanniens aus der EU führte zum sofortigen Rücktritt Camerons, zu drei langen Jahren der Austrittsverhandlungen mit der EU und zu enormen Folgen für den gesamten EU-Block. Seither ist Deutschland der alleinige nennenswerte Nettozahler der EU. Auf's Erste schien der Wegfall des ewigen „Nein-Sagers“ Großbritannien den Integrationsprozess zu beflügeln – noch nie hat die EU so viele weitreichende Integrationsschritte in Angriff genommen wie in den Jahren 2019 bis 2021. Doch bleibt offen, ob nicht andere Mitgliedstaaten dem britischen Beispiel folgen, vor allem, wenn deutlich wird, dass die gut 43 Millionen deutschen Steuerzahler keine Europäische Union von 450 Millionen Menschen finanzieren können und dass das deutsche Geld nicht mehr bedingungslos fließt, sondern nur an die gezahlt wird, die sich den bundesdeutschen Wertvorstellungen von einer Einwanderungs- und Klimarettungs-Union auf dem Weg zu einer europäisch-afrikanischen Schicksalsunion auf der Grundlage von der Leyens neuer EU-Afrika-Strategie mit dem klaren Ziel einer immer engeren Partnerschaft mit Afrika, gerade bei der gesteuerten Einwanderung nach Europa, unterwerfen.

Die Gründe, aus denen die Briten für den Austritt stimmten, waren vielfältig. In den Wochen vor der Abstimmung wurde die Einwanderung zum Hauptthema, zusammen mit den Themen Gesundheitsver-

sorgung, der Wiedergewinnung der eigenen rechtlichen Souveränität und Skepsis gegenüber den angepriesenen „Vorteilen“ der Globalisierung. Das britische Volk entschied sich für die Unwägbarkeiten des Austritts gegenüber der vermeintlichen Behaglichkeit im großen Uterus der EU, um außenpolitisch autonom agieren zu können, und im Innern selbst und demokratischer entscheiden zu können. Mehr nationale Souveränität und Demokratie waren die Versprechen, für die die Briten Risiken und kurzfristige Nachteile in Kauf zu nehmen bereit waren. Die Bedeutung der Migrationsfrage war dabei eines der Schlüsselthemen für das Austrittsvotum der Briten. Das belegen zahlreiche Studien.

Am Wahltag äußerten bei einer Wahltagbefragung des Tory-Politikers Lord Ashcroft von 12.669 Leave-Wählern 33 % als ihr Hauptmotiv, der Austritt biete "die beste Chance für das Vereinigte Königreich, die Kontrolle über die Einwanderung und über seine eigenen Grenzen wiederzuerlangen".¹

Laut einer unmittelbar vor dem Referendum durchgeführten Umfrage von Ipsos MORI gaben 48 % der Befragten an, Einwanderung und Migration als die für sie unter allen Themen entscheidenden Herausforderungen für die Zukunft Großbritanniens zu sehen.²

Zu ähnlichen, aber differenzierteren Schlüssen kommt eine Studie der Wochenzeitschrift Economist. Danach votierte die Bevölkerung in Gebieten, in denen die im Ausland geborene Bevölkerung zwischen 2001 und 2014 um über 200 % zulegte, mit einer durchschnittlichen Mehrheit von 94 % der Wähler für den Austritt. Dies rechtfertigt den Schluss, so der Economist, dass "eine hohe Anzahl von Migranten die Briten nicht besonders stört; hohe Veränderungsraten es aber sehr wohl tun."

Nachdem 2004 zwölf überwiegend osteuropäische Länder der Europäischen Union beitraten, gab es einige Gebiete in Großbritannien, in denen ein erheblicher Zustrom von Migration aus Osteuropa verzeichnet wurde. In diesen Gebieten kam es zu einem signifikanten Anstieg der Unterstützung für UKIP (UK Independence Party) und die Menschen dort stimmten verstärkt für den Ausstieg Großbritanniens aus der EU.

Akademische Untersuchungen, die die regionalen Unterschiede bei den Brexit-Abstimmungen untersuchten, kamen zu dem Schluss, dass das Brexit-Votum in Gebieten, in denen der Anteil der Einwanderer zwischen 2004 und 2011 stark gestiegen war, deutlich größer war.³

Einwanderung in Großbritannien ist seit langem ein umstrittenes Thema, wobei die Skepsis gegenüber dem volkswirtschaftlichen und gesellschaftspolitischen Wert der Einwanderung weit zurückreicht, noch bevor das Vereinigte Königreich 1973 überhaupt der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft EWG beitrug.

Großbritannien erlebte in der Nachkriegszeit bereits die erste Einwanderungswelle, aufgrund des Zustroms von Menschen aus ehe-



maligen britischen Kolonien. Die Einwanderungsregeln waren gelockert worden, um das Arbeitskräfteangebot nach dem Krieg zu erhöhen.⁴ Mitte bis Ende der 1960er Jahre gab es Bedenken, dass sich die neu eingewanderte Bevölkerung nicht ausreichend gut in die britische Gesellschaft integrierte.

Ein heiß diskutiertes Thema in Großbritannien, insbesondere im Hin und Her mit dem Brexit, waren die sogenannten muslimischen „No Go“ Areas. Dabei handelt es sich grob umrissen um Orte, überwiegend in Birmingham, London und Leicester, in denen fast ausschließlich Muslime wohnen, die kaum mehr von der Polizei patrouilliert werden und wo Scharia-Räte Recht sprechen. Diese Gebiete sind de facto für Nicht-Muslime nahezu tabu.

Das Problem mit diesen Räten ist, dass sie fast autonom handeln und häufig nicht mehr Landes-, sondern Scharia-Recht sprechen. Dies hat zu vielen Problemen geführt, einschließlich dem der Ehrenmorde⁵, wo auch im Nachhinein schwer zu beurteilen ist, woher die Rechtfertigung für diese Handlungen kam.

Muslimische Enklaven in europäischen Städten sind auch Brutstätten für islamischen Radikalismus. Das Problem der No-Go-Zonen ist gut dokumentiert, aber Multikulti-Befürworter und ihre politisch korrekten Unterstützer leugnen vehement, dass sie überhaupt existieren. Einige sind jetzt in einer konzertierten Kampagne engagiert, um diejenigen zu diskreditieren und sogar zum Schweigen zu bringen, die auf das Problem aufmerksam machen - oft indem sie den Begriff "No-Go-Zone" absichtlich falsch charakterisieren.⁶

Ein weiterer Einflussfaktor in der Einwanderungsdebatte war der Rotherham-Skandal. Dabei ging es um sexuelle Ausbeutung von Kindern und organisierten sexuellen Kindesmissbrauch durch Pakistanner von den späten 1990ern bis in die 2010er Jahre. Sowohl die Polizei, als auch der Gemeinderat haben dies vertuscht, da sie nicht als Rassisten gebrandmarkt werden wollten. Allein in Rotherham gab es schätzungsweise 1.400 Opfer.

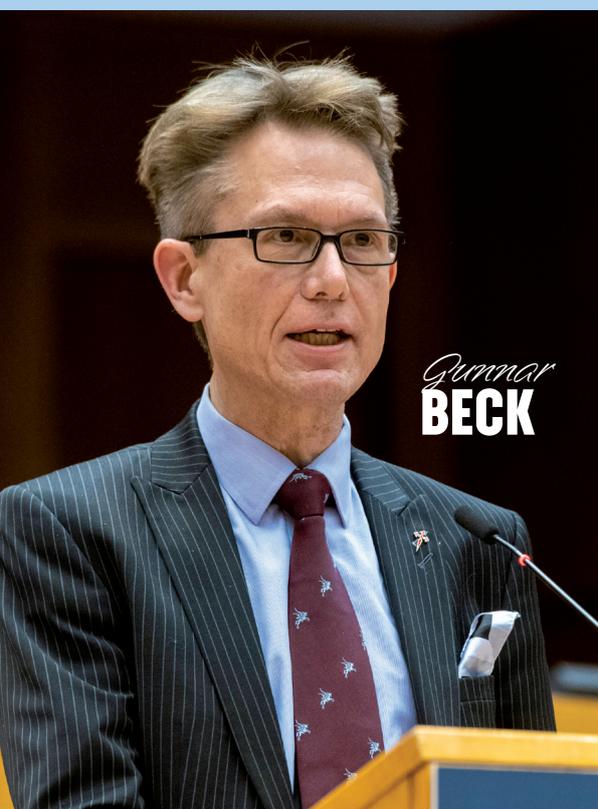
Dieses erweiterte Thema umfasste Vergewaltigung, Ehrenmorde, Kindesmissbrauch im Alter von elf Jahren, Erpressung der betroffenen Familien⁷, verlassene Babys, erzwungene nicht-medizinische Abtreibungen, Suspendierung von South Yorkshire-Stadträten, Unterdrückung der Berichterstattung und viele weitere Handlungen kranker Moral.

Rotherham ist nur eine von zahlreichen Städten, in der man dieses Vorgehen und diese Kriminalität beobachten konnte. Weitere solcher Kindersex-Grooming-Banden wurden in nicht weniger als 54 Städten in Großbritannien untersucht.⁸

Faktoren wie Rotherham und die "No Go"-Bereiche blieben den Menschen im Hinterkopf, während diese Themen von den Mainstream-Medien ignoriert wurden. Unverfänglicher konnte man argumentieren, "sie nehmen unsere Jobs weg". In Wahrheit liegt die Begründung für die Skepsis gegenüber der Masseneinwanderung sowohl in ökonomischen Ängsten und Erwägungen als auch in den Erfahrungen mit kulturellen Unterschieden.

Dr. Gunnar Beck lehrt seit vielen Jahren an der University of London EU-Recht und Rechtsphilosophie. Nach dem Studium der Philosophie, Politikwissenschaften und Rechtswissenschaften – ebenfalls in Großbritannien und u.a. bei den bekannten Staats- und Rechtstheoretikern Sir Isaiah Berlin, John Gray, Nevil Johnson, Hugh Collins und H.L.A. Hart – legte er 1996 am Nuffield College in Oxford als letzter Schüler von Sir Isaiah Berlin die Promotionsprüfung zum D.Phil. ab und wurde 1999 als Barrister (Prozessanwalt und Fachgutachter) am Inner Temple, London, zugelassen.

Von 2000 bis 2002 arbeitete er für die internationale Rechtsanwaltskanzlei Herbert Smith. Anschließend war er bis 2010 acht Jahre Deputy Legal Adviser (EU LAW) des britischen Unterhauses in London. Von 1992 bis 2002 lehrte Gunnar Beck Rechts- und Politische Theorie in Oxford. 2003 bis 2005 war er Lecturer an der London School of Economics, seit 2005 lehrt er an der SOAS University of London, zuletzt als Reader in Law.



Neben seiner Tätigkeit als Hochschullehrer arbeitet Gunnar Beck seit 2010 nebenberuflich als selbständiger Barrister. Im Vordergrund seiner Tätigkeit stehen dabei individuelle Klagen und Beschwerden vor den EU-Gerichten, den englischen Gerichten und auch dem Bundesverfassungsgericht gegen das vielfach autoritäre Gebaren nationaler und supranationaler, staatlicher und quasi-staatlicher Organe.

Seit seiner Wahl ins EU-Parlament 2019 ist Gunnar Beck währungspolitischer und rechtspolitischer Sprecher der AfD-Delegation in Brüssel und zudem Koordinator der ID-Fraktion im Währungsausschuss und ID-Fraktionsvertreter in der EU-UK Koordinationsgruppe des EU-Parlaments.

Über meine Arbeit können Sie sich auf meinen Kanälen in den sozialen Medien informieren:

 https://twitter.com/gunnar_beck

 <https://www.facebook.com/drgunnarbeck>

 <https://www.gunnar-beck.de/>

Gerne können Sie mich auch direkt kontaktieren:

Europäisches Parlament, ASP 06F167, Rue Wiertz 60, B-1047 Brüssel,
Tel.: 0032 2 28 45724, E-Mail: gunnar.beck@europarl.europa.eu

Ein weiteres politisches Thema waren die wiederholten Versprechungen von Politikern, die Nettomigration zu reduzieren. Diese Versprechen wurden Jahr auf Jahr wieder gesprochen, bevor sie bekräftigt wurden, um erneut von der Realität eingeholt zu werden. Dies führte zu einem enormen Maß an Misstrauen in der Bevölkerung und festigte die Meinung, dass eine Kürzung der Einwanderung in der Europäischen Union nicht erreicht werden wird.⁹

Besonders stark hat die einheimische Arbeiterklasse unter den Auswirkungen der Einwanderung leiden müssen. Häuser und Gemeinschaften mit langen traditionellen Bindungen und sozialem Zusammengehörigkeitsgefühl gingen durch ethnische Zersplitterung oder Ghettoisierung von Ortschaften verloren. Dies ist auch ein Grund, weshalb gerade diese größte demografische Gruppe die höchste Rate von Leave-Votern aufweist. Die Nachkommen einheimischer Arbeitereltern gehen viel seltener zur Universität als die Nachkommen vieler Einwanderereltern. Großbritannien hat eine bewundernswerte Bilanz bei der Integration von Einwanderern, erweist sich aber als schwach bei der Bewältigung der Probleme einheimischer Bürger.¹⁰

Ein Teil der Bevölkerung fühlte sich von den Eliten "abgehängt" und glaubte, dass ihre Interessen durch internationale wirtschaftliche und kulturelle Trends, die sie mit der EU-Mitgliedschaft verbanden, untergraben wurden. Auf kultureller Ebene spiegelt das Leave-Votum eine Reaktion gegen Veränderung und Identitätserhalt wider; auf materieller Ebene manifestiert es in erster Linie den Willen, den gegenwärtigen sozioökonomischen Weg zu immer größerer Kluft zwischen Arm und Reich aufzuhalten.

Hinzu kommt die "Wohnungsknappheit" und die Immobilienpreise, vor allem in London. Unstreitig ist, dass mehr Migranten und damit eine höhere Bevölkerung mehr Wohnraum benötigen. In Ballungszentren bedeutet das Wohnungsknappheit und stetig steigende Preise, während die Menschen außerhalb größerer Bevölkerungszentren vielfach keine neuen Wohnungen in ihren Städten, Dörfern oder Gemeinden wollen.¹¹

Die EU wurde bei all diesen Problemen als Motor der Globalisierung identifiziert und der Austritt aus der EU wurde als eine Möglichkeit gesehen, die Auswirkungen zu begrenzen und die Situation "wieder unter Kontrolle zu bringen". Negative Ansichten gegenüber Migranten und der plötzliche Anstieg der Einwanderungsraten korrelierten mit der einheimischen Arbeiterklasse, die für den Austritt stimmte. Migranten wurden als Ursache für niedrigere Löhne und eine Bedrohung für lokale Identitäten angesehen. Ethnische Spaltungen werden auch aktuell in einigen Gebieten immer sichtbarer und beginnen, vor allem die Kommunalpolitik zu beeinflussen.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass rationale ökonomische Berechnungen beim Brexit-Votum nicht so viel Gewicht hatten wie Unzufriedenheit und Emotionen. Die wichtigsten Ursachen für das Leave-Votum, wie die Unzufriedenheit mit der Globalisierung, der Migration und die wahrgenommenen Bedrohungen der Identität, sind zu einem großen Teil in lokalen sozioökonomischen und geografischen Faktoren zu finden. Volkswirtschaftlich ließen sich Vor- und Nachteile sowohl für den Verbleib in, sowie dem Austritt aus der EU ins Feld führen.



Roman Haider, Österreich

Massenimmigration als GEFAHR FÜR DIE MEINUNGSFREIHEIT

Wer sich mit den Gefahren und Problemen der Massenimmigration nach Europa beschäftigt, wird zunächst an andere Bereiche als die Meinungsfreiheit denken. Überbelastung der Sozialsysteme, steigende Kriminalität und Parallelgesellschaften stehen dabei wohl an erster Stelle. Dabei darf jedoch nicht übersehen werden, wie Massenimmigration die Meinungsfreiheit in fast allen Bereichen mehr und mehr einschränkt. Der freie Diskurs in den Medien, an Schulen



und Universitäten aber auch die Freiheit der Kunst sind bedroht, wie an mehreren Beispielen darzulegen sein wird. Die Akteure im Kampf gegen freie Meinungsäußerung sind dabei ganz unterschiedlicher Art; der Bogen reicht von gewaltbereiten Fanatikern über religiöse Gruppen und Interessensvertretungen, Lobbyorganisationen von Migranten und für noch mehr Immigration, Nichtregierungsorganisationen bis hin zu diversen linken Gruppen. Mögen ihre Ziele auch noch so unterschiedlich sein, so stehen sie doch oftmals Seite an Seite, wenn es gilt, den öffentlichen Diskurs einzuengen, Tabus zu errichten und die Meinungsfreiheit einzuschränken.

MIT EINSCHÜCHTERUNG, TERROR UND GEWALT GEGEN „BLASPHEMIE“

Im Februar 1989 wurde der Schriftsteller Salman Rushdie durch den iranischen Revolutionsführer und schiitischen Geistlichen Ruholla Chomeini mit einer Fatwa zum Tode verurteilt; ein Vorfall der weltweit Schlagzeilen machte.¹ Weniger bekannt ist die Tatsache, dass diese Affäre ihren Ausgang in Großbritannien nahm. Ein Islamist in Leicester hatte bereits im Oktober 1988 aus seiner Sicht blasphemische Passagen von Rushdies Roman „Satanische Verse“ an islamische Gruppe verschickt und damit den Stein ins Rollen gebracht. Im Dezember 1988 demonstrierten Muslime im englischen Bradford erstmals gegen das Buch, im Jänner 1989 wurde das Buch ebendort von tausenden muslimischen Demonstranten öffentlich verbrannt. Gleichzeitig verdamnten muslimische Autoritäten weltweit Rushdies Buch wie der Rektor der Kairoer al-Azhar Universität oder der Rechtsrat der Islamischen Weltliga in Mekka. Einen Tag nach Chomeinis Fatwa demonstrierten in London 20.000 Menschen für ein Verbot des Romans, Demonstrationen in anderen europäischen Metropolen folgten. Rushdie musste danach jahrelang im Untergrund unter Polizeischutz leben, mehrere Menschen wie Übersetzer

und Verleger wurden ermordet oder schwer verletzt. In Deutschland musste eigens der „Artikel 19 Verlag“ gegründet werden, nachdem der ursprünglich für die Veröffentlichung vorgesehene Verlag sich aus Sorge um die Sicherheit seiner Mitarbeiter verweigerte.

Der Fall Rushdie wurde zur Blaupause für den weiteren Kampf gegen das, was Muslime als „Gotteslästerung“ ansehen: Muslime mit Migrationshintergrund in Europa fungieren als Stichwortgeber für geistliche islamische Autoritäten. Diese versetzen die muslimischen Gemeinschaften weltweit in Aufruhr, dem sich wiederum viele muslimische Migranten in Europa willig anschließen. Die Folgen sind auch in Europa inzwischen direkt greifbar geworden. 2004 wird der niederländische Filmemacher Theo van Gogh wegen eines islamkritischen Filmes auf offener Straße erstochen, 2005 versetzen die Karikaturen einer kleinen, eher unbekannteren dänischen Zeitung erneut die Muslime in Aufruhr. Mit dem brutalen Anschlag auf das Satiremagazin „Charlie Hebdo“ 2015 erreichte der muslimische Kampf gegen Blasphemie einen grausamen Höhepunkt. Die Botschaften hinter diesen Anschlägen, die nur die Spitze des Eisberges bilden, sind klar: Gotteslästerung im islamischen Sinn kann tödlich enden. Über zwei Jahrhunderte nach der Aufklärung müssen in Europa wieder Menschen wegen des Vorwurfs der „Blasphemie“ um ihr Leben fürchten. Insofern ist Salman Rushdie durchaus zuzustimmen, wenn er meint, *„ein Klima der Angst war entstanden, das es Büchern wie meinem schwerer machte, veröffentlicht oder vielleicht sogar geschrieben zu werden.“*²

ZWISCHEN SELBSTZENSUR UND „RESPEKT“

Salman Rushdie lebt im Gegensatz zu Chomeini immer noch, wie er selbst einmal in einem Bonmot bemerkte³, doch die von dem iranischen Kleriker ausgelöste Affäre hat nachhaltig Wirkung gezeigt. Neben die direkte Bedrohung durch Gewalt ist die Selbstzensur vieler Europäer, seien es Künstler, Medien oder Politiker, getreten. Teilweise reagieren die Betroffenen damit auf Zurufe, teilweise agieren sie in vorauseilendem Gehorsam. „Respekt“ vor der Religion und Kultur von Migranten wird als Vorwand für diese Form der Zensur vorgeschoben.

Nur rund einen Monat nach dem Anschlag auf „Charlie Hebdo“ entbrannte eine Diskussion um einen Wagen, der sich beim traditionellen Kölner Karnevalsumzug am Rosenmontag dieses Anschlags in satirischer Form annehmen sollte. Das Motiv eines Clowns, der mit einem Buntstift die Waffe eines Terroristen mit Sprengstoffgürtel zerstört, hatte zuvor bei einer Facebook-Abstimmung die meisten Stimmen erhalten. Das Festkomitee gab jedoch bekannt, diesen Wagen wieder aus dem Programm zu nehmen, da er *„die Freiheit und leichte Art des Karnevals einschränke“*. Überhaupt *„wollen man auf keinen Fall weiter provozieren“* und folge deswegen den Empfehlungen des Staatsschutzes, den Wagen so zurückhaltend wie möglich und ohne Mohammed-Karikaturen zu gestalten.⁴ Dies sei eine *„Referenz an ihre Werte“* freute sich, wenig verwunderlich, die türkisch-islamische Religionsanstalt „Ditib“.⁵ Nach Protesten durfte zumindest

eine „entschärfte“ Form des Wagens mitfahren. Dies zeigt, dass Terror durchaus die gewollte Angst verbreitet und zur gewünschten Verhaltensänderung führt. Der Hinweis auf die angebliche Provokation seitens des französischen Satiremagazins, die man jetzt vermeiden wolle, macht zudem alle Beteuerungen, wie wichtig Meinungsfreiheit sei, unglaublich. Bereits nach den dänischen Mohammed-Karikaturen hatten islamische Organisationen auf die „Provokation“ durch diese Zeichnungen hingewiesen und direkt oder indirekt nach einem Verbot gerufen.⁶ Der Sprecher der Genfer Moschee brachte diese Einstellung 2005 auf den Punkt, als er und andere Vertreter gegen die Aufführung eines Stückes von Voltaire über Mohammed protestierte: „Wir akzeptieren die Meinungsfreiheit, aber wir verlangen Respekt.“⁷ Das bedeutet, dass Meinungsfreiheit dort enden soll, wo religiöse Dogmen beginnen.

RADIKALE LINKE UND ISLAMISTEN VEREINT IM KAMPF UM DIE UNIVERSITÄTEN

Es ist eine seltsame neue Allianz entstanden an den Universitäten Europas. Radikale, religionsfeindliche Linke stehen Seite an Seite mit Islamisten im Kampf gegen das Phantom der „Islamophobie“. Als die linke Feministin Alice Schwarzer im November 2019 an der Wiener Universität für Angewandte Kunst auftreten sollte, forderte die linke Hochschülerschaft⁸ ihre Ausladung mit dem Vorwurf, Schwarzer hätte sich „antimuslimisch-rassistisch“ geäußert, außerdem sei sie eine weiße Frau.⁹

Während die Diskussionsveranstaltung mit Schwarzer ohne größere Probleme ablaufen konnte, ist Klaus Kinzler, Professor an der Universität Grenoble, seit Februar 2021 Opfer einer Kampagne der linken Studentengewerkschaft UNEF; vorgeworfen wird ihm „Islamophobie“¹⁰, in sozialen Netzwerken wird er als Faschist bezeichnet und seine Entlassung gefordert. Nachdem der islamistische Mord an dem Lehrer Samuel Paty, gegen den in sozialen Netzwerken ebenfalls mit dem Vorwurf der „Islamophobie“ gehetzt worden war, Frankreich erschüttert hatte, wurden Kinzler und ein Kollege unter Polizeischutz gestellt.

Ähnliche Vorgänge spielten sich im Frühjahr 2019 an der Universität Frankfurt am Main ab, als die Islamwissenschaftler Susanne Schroeter eine Podiumsdiskussion zum Thema „Das islamische Kopftuch – Symbol der Würde oder der Unterdrückung“ organisierte.¹¹ Auch ihr wurden antiislamischer Rassismus und Islamophobie vorgeworfen, eine Absage der Veranstaltung sowie Schroeters Entlassung wurden gefordert. Wie weit verbreitet der Kampfbegriff „Islamophobie“ inzwischen ist, zeigen nicht nur die Publikationen islamischer oder



MEP Mag.
ROMAN
HAIDER

Zu meiner Person: Ich bin seit 1986 Mitglied der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ). 2019 wurde ich zum Abgeordneten im Europäischen Parlament gewählt und bin dort Sprecher der ID-Fraktion im Transport- und Tourismusausschuss. Des Weiteren bin ich Mitglied im Ausschuss für Internationalen Handel und im Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten.

Weitere Infos zu meiner Person und über meine Arbeit finden Sie auf meinen diversen sozialen Medien:



https://www.europarl.europa.eu/meps/en/198176/ROMAN_HAIDER/home



<https://www.facebook.com/romanhaider.mep>



<https://www.instagram.com/romanhaider.mep>

Gerne können Sie mich auch direkt kontaktieren:

Europäisches Parlament, ASP 07H255, Rue Wiertz 60, B-1047 Brüssel, Tel. : 0032 2 28 45768, E-Mail: roman.haider@europarl.europa.eu

linker Gruppen; selbst in offiziellen Dokumenten der Europäischen Union wird der Begriff unreflektiert übernommen.¹² Zusätzlich förderte die EU einen „Islamophobiebericht“ eines türkischen, regierungsnahen Institutes im Jahr 2019 mit 126.951 Euro.¹³

DER KAMPF UM DIE FREIHEIT HAT BEGONNEN

Diese Ausführungen zeigen nur einen kleinen Ausschnitt der Bedrohung für die Meinungsfreiheit in wenigen Bereichen. Ebenso könnte man die Aufforderungen an Medien, in opportuner Weise über Migranten und Migration zu berichten¹⁴, den Versuch unsere Sprache und Traditionen zu verändern oder die einseitige Darstellung der europäischen Geschichte thematisieren. Gerade aber die angeführten Beispiele zeigen besonders drastisch, wie weit fortgeschritten die Bedrohung der Meinungsfreiheit in Europa bereits ist. Gerade für Politiker, die sich dem Erbe der Aufklärung und freiheitlichen europäischen Traditionen und Werten verbunden fühlen, ist es unabdingbar, dieser Entwicklung entgegenzutreten. Dazu gehört der Kampf gegen die zunehmende Verunglimpfung und Kriminalisierung migrationskritischer Meinungen ebenso wie der Einsatz für jene, die von den modernen Zensoren angegriffen werden. Der Kampf der Freiheitsgegner wird auf allen Ebenen geführt; deswegen müssen die Befürworter der Meinungsfreiheit ihnen überall und immer entschlossen entgegenzutreten.

Wir Franzosen leben IN EURER ZUKUNFT

Viele Europäer werden sich allmählich der Probleme im Zusammenhang mit der Einwanderung bewusst. Die meisten betrachten die Politik der Aufnahme von Menschen lediglich als eine von vielen Verwaltungsangelegenheiten. Besonders helle Menschen und insbesondere die Patrioten in den Nationen Europas nehmen bereits die Vorboten einer verheerenden Entwicklung wahr, so wie, wenn sich das Meer vor einem Tsunami geräuschlos zurückzieht.

Wir Franzosen haben diesmal ausnahmsweise das traurige Privileg, dabei der Vorreiter in der Welt zu sein. Die Kolonialgeschichte Frankreichs diente als Rechtfertigung für verantwortungslose Vereinbarungen zur Förderung der massiven Einwanderung, insbesondere aus Algerien. Georges Pompidou, der Premierminister unter General de Gaulle und spätere Präsident der Republik, war Bankier, bevor er sich den Gaullisten anschloss. Bereits in den 1960er- und 1970er-Jahren hatte er Hunderttausende von Arbeitnehmern ins Land gelassen¹, die geldgierigen Arbeitgebern lieber waren als eine Mechanisierung unserer Industriezweige, die zunächst kostspielig gewesen wäre. Auf diese Weise hatte die Rechten den Boden bereitet, und ihre Nachfolger vom linken Lager folgten ihnen auf dem Fuß. Im gegenseitigen Einvernehmen haben sie vor vier Jahrzehnten eine Logik der massenhaften Einwanderung und Einbürgerung in Gang gesetzt.²

Der genaue Tag des Kipppunkts in der Migrationspolitik kann exakt bestimmt werden. Diese fürchterliche Entwicklung nahm nämlich am 29. April 1976 ihren Anfang, als per Erlass in Frankreich die Familienzusammenführung eingeführt wurde.³ So beschlossen die führenden französischen Politiker mit einem reinen Verwaltungsakt, ohne die Bürger zu konsultieren oder gar zu informieren, eine Arbeitsmigration in eine Zuwanderung zu verwandeln.

ZUWANDERUNG

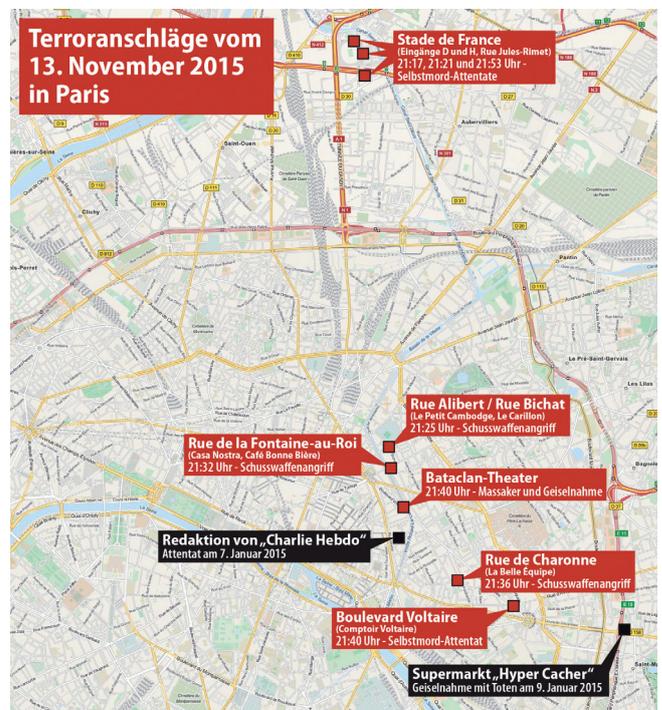
Die Familienzusammenführung wurde kontinuierlich ausgeweitet, z. B. auf Geschwister⁴; durch die Anwendung des Geburtslandprinzips (*ius soli*) hat die Zahl der Einbürgerungen automatisch massiv zugenommen⁵, und das Zusammenspiel beider Faktoren trug endgültig dazu bei, dass Menschen aus aller Welt in Frankreich eingewandert sind. Bei der Zuweisung von Sozialwohnungen an kinderreiche Familien wurden de facto Migrantenfamilien bevorzugt. Die Einführung eines „durchsetzbaren Rechts auf Wohnraum“⁶, das von Wohlfahrtsverbänden instrumentalisiert wurde, hat tatsächlich dazu geführt, dass Ausländer bei der Zuteilung von Sozialwohnungen bevorzugt wurden.

Einige Politiker der Rechten wie der Linken sahen in dem nicht enden wollenden Strom an Migranten die Verheißung einer zukünftigen fügen Klientel, die sie für formbar hielten. Die Franzosen verließen ihre Viertel, nachdem sie dort zu einer Minderheit geworden waren, und so sind diese Stadtteile nach und nach zu echten ausländischen Enklaven in Frankreich geworden.⁷ Infolge der neuen Kundschaft verschwanden nach und nach die französischen Geschäfte, um Platz zu machen für Halal-Metzgereien, Schischa-Bars, Geldtransferdienste, Kebabbuden oder nach Geschlechtern getrennte Friseure.

GHETTOS ALS PULVERFÄSSER

Die Auswirkungen dieser Überflutung machten sich sehr schnell bemerkbar, als ab Ende der 1970er-Jahre vor allem in den Vorstädten ethnische oder religiöse Ghettos entstanden.⁸ Der erste Krawall fand 1979 im Stadtviertel Grapinière von Lyon statt, und bald darauf folgten reihenweise Gewaltausbrüche in allen großen französischen Ballungsgebieten mit einem allgemeinen Flächenbrand im Jahr 2005.⁹

Mehrere Jahrzehnte und einige hundert Millionen Infusionen später¹⁰ hat sich die Lage weiter verschlechtert, und wir haben es jetzt mit einer endemischen Situation potenzieller Krawalle zu tun, die beim geringsten Vorwand ausbrechen können. Frankreich, das als Para-



Anschlagsorte in Paris und Saint-Denis.

© Von Maximilian Dörrbecker (Chumwa) - Eigenes Werk, using OpenStreetMap data for the background based on information from the French Wikipedia article *Attentats du 13 novembre 2015 en Île-de-France*, CC BY-SA 2.0, <https://commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=44997168>

debeispiel für einen Nationalstaat und als Musterland des harmonischen Zusammenlebens galt, zerfällt immer mehr in einzelne Inseln eines Archipels¹¹, um den Titel eines sehr erfolgreichen Buches zu übernehmen. Ganze Landesteile leiden nun unter dem, was Präsident Macron selbst als ein Phänomen des „Separatismus“¹² kritisiert hat, d. h. unter der Abspaltung von Bevölkerungsgruppen, die danach streben, in Frankreich außerhalb jeglicher Gesetze der Republik und der französischen Lebensweise zu leben.

Heute sehen sich die Behörden wegen der überfüllten Vorstädte gezwungen, Migranten in mittelgroßen Städten und Ortschaften anzusiedeln. Der Kreis wird sich schließen, wenn im Rahmen der bald obligatorischen Umsiedlungspolitik Migranten in ländlichen Gebieten bis ins kleinste Dorf angesiedelt werden. Bereits jetzt werden

Gendarmerien, öffentliche Gebäude und sogar die entlegensten Schlösser beschlagnahmt, um sie zu Auffanglagern für Migranten zu machen.

UNSICHERHEIT: GANZE GEBIETE SIND DER HOHEITSGEWALT DES STAATES ENTZOGEN

Der Zuzug entwurzelter, und zum Teil auch umherstreunender Bevölkerungsgruppen, die Bildung von Ghettos und deren Übernahme durch Mafiabanden machen die Einwanderung zu einem akuten Kriminalitätsproblem. Ausländer machen fast ein Viertel der Gefängnisinsassen¹³ aus, und ein weiterer sehr großer Teil davon sind Menschen mit doppelter Staatsangehörigkeit. Ganze Stadtviertel haben sich bereits der staatlichen Gewalt entzogen. Diese Gebiete, die von objektiven Analysten bereits als „verlorene Gebiete der Republik“¹⁴ bezeichnet werden, sind keine rechtsfreien Gebiete, sondern vielmehr Gebiete, in denen ein anderes Recht, ein anderes Gesetz, gilt, nämlich das der Gangster, der Mafiosi oder der Islamisten. Man kann sie getrost als Gebiete bezeichnen, die nicht mehr zu Frankreich gehören. Dort wird der Drogenhandel in aller Öffentlichkeit betrieben, denn die Behörden trauen sich dort nicht mehr, einzugreifen, und wenn die Verbrecher ihre Rechnungen untereinander begleichen, so ist dies von den Gräueltaten südamerikanischer Kartelle nicht mehr weit entfernt. Im Großraum von Marseille sind Nachrichten über schreckliche Auftragsmorde, die am helllichten Tag mit automatischen Waffen verübt werden, an der Tagesordnung.¹⁵

In dem Film „BAC Nord“¹⁶, der diesen Sommer mit großem Erfolg in den französischen Kinos lief, wird in einem nahezu reportagehaften Stil die Lage in den nördlichen Stadtvierteln von Marseille geschildert. Darin sind Polizeibeamte zu sehen, die verzweifelt versuchen, sich gegen die Ausbreitung der Kriminalität in den von den Drogenbanden bzw. Gangs kontrollierten Vierteln zu stemmen. Wenn nichts unternommen wird, werden sich diese Banden in sogenannte „Maras“ verwandeln – kriminelle Armeen, wie es sie in Mexiko gibt, die dort ganze Landstriche in fast militärischer Weise kontrollieren, mit dem Wissen und vor den Augen eines desillusionierten, zahnlosen und diskreditierten Staates.

PARIS IST NICHT MEHR PARIS

Auch in der französischen Hauptstadt ist derartiges zu beobachten. Das Stadtviertel Stalingrad ist in den Händen der Drogendealer, die nach Presseangaben aus Schwarzafrika und insbesondere aus dem Senegal stammen¹⁷. Es wird inzwischen im Volksmund als „Stalin-

crack“ bezeichnet, wo aggressive oder benebelte Drogenkonsumenten im Pulk oder allein durch die Straßen und Gärten ziehen, wenn sie nicht gerade auf dem Boden liegen.

Auch kommt es dort zu immer mehr Hausbesetzungen, angespornt und organisiert von ordnungsgemäß subventionierten Vereinen, die sich für die Belange der Migranten einsetzen. Die Zelte, die hier und dort in öffentlichen Räumen oder unter Brücken aufgeschlagen werden, sind ein Sinnbild für die „Verslumung“ unserer schönen Hauptstadt. Infolge dieser massenhaften und anarchischen Zuwanderung gleicht die Weltstadt Paris, die einst eine Stadt des Lichts war, in ihren Stadtvierteln immer mehr Dörfern der Dritten Welt an, in denen es vor Halsabschneidern¹⁸ wimmelt, vor denen man aus Vorsicht während der Fahrt die Autotüren verriegeln muss.

In Frankreich sind die anderen Großstädte wie Bordeaux, Lyon und Rennes bereits den äußerst gewalttätigen „unbegleiteten Minderjährigen“ ausgeliefert, das heißt der vermeintlich minderjährigen Migranten.¹⁹ Jeder minderjährige Migrant kostet das französische Departement, das ihn betreut, 50.000 Euro im Jahr.²⁰ Die Behörden mit ihrer blühenden Fantasie, wenn es um die Einwanderung geht, sahen in den Mitteln für die Kinderbetreuung eine neue Möglichkeit, wie Einwanderung subventioniert werden konnte.

EINWANDERUNG: BRUTSTÄTTE DES ISLAMISMUS

Ein weiterer Aspekt der Einwanderung ist die Ausbreitung des Islamismus in Frankreich. Einige Stadtviertel oder Städte sind inzwischen zum großen Teil unter islamistischem Einfluss, sei es, weil die gewählten Vertreter der Rechten oder der Linken mit den religiösen Kräften paktieren oder weil sie ihnen schlicht und einfach die Verwaltung im Namen eines falsch verstandenen „Zusammenlebens“ überlassen haben.²¹ An diesen Orten kommt es nicht gut, wenn man eine attraktiv gekleidete Frau, homosexuell oder manchmal einfach nur Franzose ist. In Sevran ist im Departement Seine-Saint-Denis in der Nähe von Paris der Zutritt zu Cafés für Frauen verboten.²² Es kommt zu Ehrenmorden, deren Opfer junge Frauen ausländischer Herkunft sind, die von der Familie zum Tode verurteilt wurden, weil sie wie die Franzosen leben wollten.²³

Die französische Gesellschaft sieht sich ständig mit anhaltenden Forderungen von ethnischen oder Religionsgemeinschaften in der Schule²⁴, im öffentlichen Raum²⁵, in den Schwimmbädern²⁶, in der Verwaltung²⁷, in Unternehmen²⁸ und anderswo konfrontiert, wobei diese sorgfältig organisierten Offensiven eher politischer als religiöser Natur sind. Ziel ist es, die Widerstandsfähigkeit der französischen Gesellschaft zu testen, und zwar mit dem Willen, sie zu schwächen. Es ist zu beobachten, dass diese psychologischen Nadelstiche, die stets mit einer juristischen Offensive einhergehen, dazu führen, dass sich der politische Islam immer mehr breitmacht. So wird langsam die Wiedereinführung des Tatbestands der Blasphemie wieder hoffähig²⁹, und das in einem säkularisierten Land wie Frankreich, in dem Religionen als Weltanschauungen betrachtet werden, die man folglich kritisieren darf. Am 14. September 2021 befand ein Gericht in Toulouse sogar eindeutig antisemitische Äußerungen mit dem Verweis auf religiöse Schriften für zulässig.³⁰

Die Islamisten beschränken sich jedoch nicht nur darauf, in Frankreich Hetzbotschaften zu verbreiten. Ähnlich wie der Brüsseler Stadtteil Molenbeek in Belgien haben sich einige französische Städ-



te ebenfalls durch die Entsendung zahlreicher Kämpfer an den IS in Syrien hervorgerufen. Laut einer Umfrage aus dem Jahr 2014 befürworteten 16 % der Befragten in Frankreich den Islamischen Staat.³¹ Ist Frankreich auf dem Weg, zur Brutstätte des Dschihad zu werden? Durch die Einwanderung wird dem Islamismus Vorschub geleistet, der wiederum bekanntermaßen den Terrorismus nährt.³² Die blutigen Tatorte der Terroristen, wie beim schrecklichen Massaker im Pariser Konzertsaal Bataclan (mit 90 Todesopfern) oder dem Blutbad von Nizza (mit 86 Todesopfern), sind ein Beleg dafür. Wenn man dies anführt, so handelt es sich um keine Übertreibung, sondern um die Feststellung einer objektiven Tatsache.

Die ungeheuerliche Enthauptung von Samuel Paty³³, einem engagierten und geschätzten Lehrer, der den Fehler begangen hatte, im Unterricht das Thema Meinungsfreiheit zu behandeln, durch einen tschetschenischen Islamisten hat die französische Öffentlichkeit in Mark und Bein erschüttert. Daher ist der politische Kampf für die Wiederherstellung früherer Verhältnisse notwendiger denn je.

DIE LÖSUNGEN DES RASSEMBLEMENT NATIONAL

Die Präsidentschaftswahl, die im April 2022 in Frankreich stattfinden wird, kann sehr wohl als Wahl zwischen unterschiedlichen Zivilisationsformen betrachtet werden. Entweder macht man in Frankreich so weiter wie bisher, und dann wird das Land irgendwann aufhören, Frankreich zu sein, oder die Franzosen beschließen, wieder die Kontrolle zu übernehmen und die Rettung einzuleiten. Die Partei Rassemblement National beabsichtigt, unmittelbar nach der Wahl von Marine Le Pen einen Gesetzentwurf vorzulegen, in dem alle Themen angepackt werden: Einstellung der Einwanderung, Grenzkontrollen, Reform des Staatsbürgerschaftsrechts, Vorrang für die Franzosen bei Sozialhilfe und Sozialwohnungen, Ausweisung illegaler Ausländer und ausländischer Straftäter.³⁴ Auf europäischer Ebene werden wir in direktem Kontakt mit unseren Partnern, insbesondere mit der AfD, den „Pakt für Asyl und Migration“ vereiteln, mit dem die Europäische Union weitere 70 Millionen Migranten nach Europa holen will. Das zeigt, wie wichtig die kommenden Monate für unsere Nationen sein werden.

Das, was Franzosen, die ihr Land lieben, feststellen müssen, ist nicht nur schmerzhaft, sondern auch erniedrigend. Wie konnte nur ein derart kultiviertes Land, das von den Werten einer hohen Zivilisation geprägt ist, zu einer Bahnhofshalle, einer Lasterhöhle und zum Auffangbecken der Anhänger völlig wirrer religiöser Vorstellungen werden? Die Europäer, die nur die ersten Auswirkungen der Masseneinwanderung wahrnehmen, müssen sich der Tatsache bewusstwerden, dass es sich um eine Entwicklung mit verheerenden Folgen handelt.

Europäische Freunde, betrachten Sie die Zustände in Frankreich als abschreckendes Beispiel. Halten Sie Ihre Landsleute davon ab, diesen Wegen zu beschreiten, der – wie in meinem unglückseligen Land zu sehen ist – geradewegs in den Abgrund führt. Wir leben bereits jetzt in Zuständen, wie Sie sie in Zukunft vorfinden werden, wenn Sie nicht rechtzeitig einschreiten. Es ist keine Zeit mehr zu verlieren.



Der Verfasser ist 60 Jahre alt, verheiratet und hat fünf Kinder. Er ist Jurist und als Leiter der Justizabteilung und Personalchef in Privatunternehmen tätig.

Seit 1979 engagiert er sich im Front National von Jean-Marie Le Pen und wirkt am Aufstieg der französischen nationalen Bewegung mit. Er stieg in der Partei auf und wurde in den 1990er-Jahren Mitglied des Politischen Büros der Front National. Im Jahr 1989 wurde er zum Gemeinderatsmitglied in der Pariser Vorstadt Maisons Alfort gewählt. Von 1995 bis 2007 hatte er einen Sitz im Regionalrat von Ile de France. Heute ist Philippe Olivier Sonderberater von Marine Le Pen und Mitglied des Exekutivbüros des Rassemblement National, dem Leitungsgremium der Partei. Er ist der Leiter des Wahlkampfteams von Marine Le Pen bei der für Juni 2022 angesetzten Präsidentschaftswahl.

Im Jahr 2019 wurde er auf der Liste von Jordan Bardella zum Mitglied des Europäischen Parlaments gewählt, wo er Mitglied des Ausschusses für Verkehr und Tourismus und mit der Fraktion Identität und Demokratie, der Fraktion der nationalen Parteien in Europa, politisch verbunden ist.

Er hat seinen Wahlkreis in der Stadt Calais in Nordfrankreich, einer vom Migrationsproblem betroffenen Stadt, und vertritt seine Fraktion auf der Konferenz für die Zukunft Europas, insbesondere für den Themenbereich Einwanderung.

Über meine Arbeit können Sie sich auf meinen Kanälen in den sozialen Medien informieren:



<https://www.twitter.com/pholiviern>



<https://www.facebook.com/PhilippeOlivierRN/>



<https://t.me/PhOlivier>

Gerne können Sie mich auch direkt kontaktieren:
Europäisches Parlament, ASP 05F266, Rue Wiertz 60,
B-1047 Brüssel, Tel. : 0032 2 28 45638,
E-Mail: philippe.olivier@europarl.europa.eu

Charlie Weimers, Schweden

Die schwedische TRAGÖDIE

In der altgriechischen Tragödie wird ein Protagonist mit herausragenden persönlichen Eigenschaften, aber durchschnittlicher moralischer Tugend durch das Zusammentreffen von persönlichem Versagen und unglücklichen Umständen mit einer Katastrophe konfrontiert. In der Regel begeht der Protagonist ein schreckliches Verbrechen oder einen Irrtum oder hat eine Charakterschwäche wie Stolz oder Arroganz, die letztendlich zu seinem Niedergang führt. Würde Aischylos eine altgriechische Tragödie über die jüngere Geschichte Schwedens schreiben, so würde er den raschen Wandel Schwedens von einer Agrar- zu einer Industriegesellschaft loben: den Wandel zu einer der friedlichsten und wohlhabendsten Gesellschaften, die es jemals gab. Betört von ihrem eigenen Erfolg haben die regierenden Eliten Schweden arrogant zu einer moralischen Supermacht erklärt. Sie haben die Menschen davon überzeugt, dass es ihre Pflicht sei, die Welt nach dem Beispiel Schwedens umzugestalten.

Hochmut sollte sich dann als Schwedens Untergang erweisen. Migranten wurden in Zahlen aufgenommen, die eine Integration, geschweige denn Assimilation, unmöglich machten. Diese Zeit des aufgeklärten Multikulturalismus leitete eine Zeit der Parallelgesellschaften und Bandenkonflikte sowie Morde, Vergewaltigungen und Raubüberfälle ein. Der gesellschaftliche Zusammenhalt und die Konsenskultur, das Fundament des schwedischen Erfolgs, machten es unmöglich, den Kurs zu ändern, da die Eliten, statt Verantwortung zu übernehmen, Sexismus, Rassismus und der Unnachgiebigkeit der schwedischen Kultur die Schuld gaben.

DAS VERSAGEN DES ESTABLISHMENTS

Die unmittelbare Ursache für den Niedergang meines Landes in den letzten Jahrzehnten ist das Ergebnis eines Scheiterns der Führung in Politik, Wissenschaft und Medien. Das politische Establishment verabschiedete und klammerte sich dann an gescheiterte politische Maßnahmen, die der Gesellschaft offensichtlich schaden, und dies mit der leidenschaftlichen Unterstützung dominanter Medien. Die Politik der regierenden Elite und die Narrative der Medien wurden von Akademikern im Allgemeinen nicht infrage gestellt. Diejenigen, die es doch taten, hatten mit Repression und Verhöhnung zu kämpfen.

Dies lässt sich zum Teil mit dem Konzept des schwedischen Exzeptionalismus erklären. Die schwedischen Eliten – vor allem Diplomaten und sozialdemokratische Politiker – entwickelten in den Boomjahren der 60er und frühen 70er Jahre ein ungesundes grandioses Selbstbild. Sie begannen, sich als Anführer einer „moralischen Supermacht“ zu sehen.¹ In der schwedischen Version des Exzeptionalismus ist unser Land das moralischste, modernste, gesellschaftlich liberalste und fortschrittlichste aller Länder. Wir konnten nichts von anderen Ländern oder unserer eigenen Geschichte lernen, und sicher nicht von der Weisheit der klassischen Antike.

Schweden durfte aufgrund seiner Politik der bewaffneten Neutralität und seiner isolierten geopolitischen Lage 200 Jahre Frieden genießen. Die meisten Wähler und Politiker haben keine echten sozialen Erfahrungen aus erster Hand mit der heiklen Natur der Zivilisation,

und Schweden blieben die Verwüstungen beider Weltkriege erspart. In Ermangelung jeglichen tatsächlichen historischen Gedenkens an echtes Ungemach haben wir die Risiken echter gesellschaftlicher Umwälzungen unterschätzt.²

Schweden wurde im Verhältnis zur Größe seiner Wirtschaft einer der größten – oft der größte – Geber von Entwicklungshilfe und übertrifft die Zielvorgaben der Vereinten Nationen bei Weitem. Wir hielten anderen Ländern weltweit Vorträge über Themen wie Frieden, Demokratie, Menschenrechte, inklusive wirtschaftliche Entwicklung, Gleichstellung der Geschlechter, Migration, Bildung, Umwelt und Klimawandel und haben uns selbst als Vorbild dargestellt. Natürlich haben wir die Kultur, Geschichte und Besonderheiten dieser Länder, denen wir Vorträge gehalten haben, außer Acht gelassen. Modernität, Rationalität und Wissenschaft triumphierten nach Ansicht des schwedischen Establishments über alles.

Um unser grandioses Selbstbild zu bewahren, mussten wir mit gutem Beispiel vorangehen. Daher haben wir immer alle internationalen Abkommen umgesetzt – oft in zu großem Maße – und die Zielvorgaben oft zum Nachteil unserer eigenen objektiven materiellen, sozialen oder kulturellen nationalen Interessen übertrifften. Im Wesentlichen wurde das nationale Interesse unbewusst durch unsere psychologischen Bedürfnisse definiert, die als der Wunsch zum Ausdruck gebracht wurden, Sverigebilden, das selbstbewusste Bild Schwedens als moralische Supermacht, um jeden Preis zu erhalten.

Selbst wenn politische Maßnahmen fehlschlügen oder nachteilige Auswirkungen hatten, war es schwierig, zu argumentieren, dass sie aufgegeben werden sollten. Während die Politik scheiterte, entwickelte sich eine Kultur des Schweigens, die sich in der Gesellschaft verbreitete, weil die Aufgabe des politischen Konsenses unser Selbstbild infrage stellen würde. Diejenigen, die sich für politische Veränderungen aussprachen, sahen sich mit beruflichen Konsequenzen oder sozialer Ausgrenzung konfrontiert. Die Medien konzentrierten sich im Allgemeinen auf gute Nachrichten oder irrelevante Details und vermieden es oft, über heikle Themen zu berichten, oder stellten sie falsch dar. Das Establishment passte seine ideologischen Programme und Narrative an das rosige Bild an, das es gern wahr sehen wollte, und stritt entweder ab, dass die Politik gescheitert war, argumentierte, dass die Politik langfristig vorteilhaft sei, oder behauptete, dass wir an internationale Verträge gebunden seien und nicht anders handeln könnten.

DIE GESCHEITERTE POLITIK DER MIGRATION, DER INTEGRATION UND DES MULTIKULTURALISMUS

Eine wichtige Ursache für das Scheitern unserer politischen, akademischen und Medienklasse war die mangelnde Anerkennung und Achtung unserer Kultur und insbesondere ihrer Stärke. Einige führende Politiker und Akademiker behaupten gar, dass wir überhaupt keine Kultur hätten oder dass unsere Kultur erbärmlich sei. Dieses mangelnde Verständnis – in Verbindung mit der psychologischen Notwendigkeit, das narzisstische Selbstbild der moralischen Über-

legenheit zu bewahren – war der Grund für die Politik der übermäßig großzügigen Immigration und für den Wunsch, Schweden zu einer multikulturellen Gesellschaft umzugestalten, in der sich jeder zu Hause fühlen würde.

Die schwedische Gesellschaft beruht nach wie vor auf einer Kultur, die die Freiheit schätzt, aber von dem Einzelnen erwartet, Verantwortung zu übernehmen und Rücksicht zu nehmen. Diese jahrtausendalten kulturellen Normen werden sich nicht leicht ändern. Sie haben sich bisher nicht geändert, obwohl die Behörden und die Medien sich endlos darum bemüht haben, die Öffentlichkeit davon zu überzeugen, die Vorzüge der multikulturellen Gesellschaft zu akzeptieren.

Die meisten glühenden Verfechter des Multikulturalismus argumentieren, dass Schweden mit neuen Modestilen und exotischen Lebensmitteln weniger langweilig geworden sei, denken aber selten darüber nach, welche tieferen Werten zu kompromittieren sie bereit sind. Sie lehnen es jedoch ab, offen zu argumentieren, dass wir bereit sein sollten – ja, es begrüßen sollten –, Teile unserer Gesellschaft, die die Gleichstellung der Geschlechter, die Demokratie und die freie Meinungsäußerung nicht akzeptieren, als akzeptable Ausdrucksform ihres vielgepriesenen Multikulturalismus zu betrachten. Stattdessen argumentieren sie gegen die Tatsachen und machen gegen alle vorhandenen Beweise geltend, dass unsere Grundwerte unbestritten bleiben.

Das Scheitern der Migrationspolitik

Die überwältigende Zahl der Asylbewerber und Migranten, die Schweden in den letzten Jahrzehnten aufgenommen hat, hat zu einer demografischen Revolution geführt. Die Zahl der im Ausland geborenen Menschen hat sich zwischen 2000 und 2019 fast verdoppelt, und offiziellen Statistiken zufolge hat das Land inzwischen fast zwei Millionen im Ausland geborene Einwohner – mehr als die USA auf dem Höhepunkt ihrer Immigration. Heute haben mehr als 20 Prozent der schwedischen Bevölkerung einen Migrationshintergrund. Syrien hat Finnland als das Land abgelöst, aus dem die meisten im Ausland geborenen Personen in Schweden stammen. Das Umfrageinstitut Pew Research Center geht davon aus, dass Schweden bis 2050 den größten Anteil an Muslimen in Europa haben, etwa 20 Prozent. In einem zweiten Szenario prognostiziert Pew für dasselbe Jahr bis zu 30 Prozent.

Der preisgekrönte Oxford-Ökonom Paul Collier beschreibt in seinem Buch Exodus, wie weit über unsere Lebenszeit hinaus starke Anreize für Migranten bestehen werden, nach Europa zu kommen. Besondere Anziehungskraft übt auf neue Migranten die Möglichkeit aus, sich unter Menschen niederzulassen, die wie sie selbst sind. Sofern sich die Politik nicht ändert, wird Schweden mit seinem Wohlfahrtsstaat und großen ausländischen Diasporas für Migranten weiterhin eines der attraktivsten Länder der Welt sein, um sich dort niederzulassen.

Das Scheitern der Integration

Die schwedische Politik beruht seit langem auf dem Gedanken, dass Integration von selbst passiert. Dies traf zu, als die Zahl der Immigranten ein paar Prozent der Bevölkerung betrug und sie nicht in der Lage waren, die Medien ihres Heimatlands zu verfolgen oder über soziale Medien in Kontakt zu bleiben. Ihre Kinder integrierten sich größtenteils, indem sie Einheimische heirateten.

Integration passiert nicht von selbst. Insbesondere nicht, wenn die Minderheit groß ist und es deutliche kulturelle und religiöse Unterschiede zur Mehrheitsbevölkerung gibt. Collier analysiert die Voraussetzungen für eine erfolgreiche Integration in Exodus. Er zeigt, dass es für jedes Land eine Schwelle gibt, bei der die Migration von produktiv in destruktiv umschlägt. Immigration, die das Integrationspotenzial übersteigt, schränkt die Fähigkeit der neuen Bürger ein, mit der Mehrheitsbevölkerung zu interagieren und sich so zu integrieren und anzupassen.

Einige leiten aus der Tatsache, dass Immigranten Schwierigkeiten haben, Wohnraum und Arbeitsplätze zu finden, ab, dass Schweden hinterhältig und rassistisch seien, Studien und Umfragen zeigen jedoch, dass wir zu den am wenigsten rassistischen Menschen der Welt gehören. Der vermeintliche Mangel an Erfolg ist tatsächlich die praktische Folge unserer Konsenskultur. Schweden haben starke interne Vertrauensbande, schließen aber Außenstehende, die nicht nach unseren sozialen Normen leben, aus unseren sozialen Kreisen aus.

Schweden hat diesen Schwellenwert, bei dem die Migration von produktiver in destruktive Migration umschlägt, längst überschritten. Jede weitere Immigration – abgesehen von hochqualifizierten Arbeitskräften aus benachbarten Kulturen – wird daher die Ausgrenzung, die Segregation, die Parallelgesellschaften und die sozialen Probleme verstärken und zu einer Zunahme der Kriminalität führen.

Die Integration scheitert nicht nur wegen der großen Zahl von Immigranten, sondern auch aufgrund der konkreten Menschen, die hierher kommen. Viele Muslime haben Schwierigkeiten, sich an unsere Kulturen und Gebräuche anzupassen, und viele sind nicht bereit, sich zu integrieren. Dies hat zu einem starken Anstieg paralleler gesell-



Charlie Weimers vertritt seit 2019 die Schwedendemokraten im Europäischen Parlament. Er ist Mitglied des Ausschusses für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres und des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten. Weimers, ehemaliger stellvertretender Vorsitzender der Jugend der Europäischen Volkspartei, schloss sich den Schwedendemokraten an, weil er der Ansicht ist, dass die Parteien des Establishments zu schwach in Bezug auf Migration und zu sehr vom Föderalismus in der EU betört sind.

Gerne können Sie mich auch direkt kontaktieren:
Europäisches Parlament, W1E 06U019, Rue Wiertz 60,
B-1047 Brüssel, Tel. : 0032 2 28 45298,
E-Mail: charlie.weimers@europarl.europa.eu

schaftlicher Strukturen geführt, in denen die Normen, die Kultur und die Bräuche ihrer Heimatländer ihren Alltag bestimmen.

Das Scheitern des Multikulturalismus

Die Regierung und viele große Organisationen behaupten, multikulturell zu sein. Tatsächlich sind sie das nicht. Die Mitarbeiter dieser Organisationen leben die soziale Inklusion und Akzeptanz von Menschen aus anderen Kulturen außerhalb der Arbeitszeit nicht wirklich, es sei denn, die Mitarbeiter, mit denen sie interagieren, können die heikleren Punkte unseres sozialen Codes bereits umschiffen. Stattdessen hat die Politik des Multikulturalismus verschiedene separatistische nationale, ethnische, kulturelle und religiöse Vereinigungen ermöglicht. Ein Beispiel hierfür ist die umfangreiche finanzielle Unterstützung, die staatliche, regionale und lokale Behörden sowie internationale Organisationen, die von schwedischen Steuerzahlern finanziert werden, Organisationen gewähren, die Verbindungen zur Muslimbruderschaft haben. Dies entspricht voll und ganz dem Ziel der islamistischen Muslimbruderschaft, den Kontakt zwischen Muslimen und der breiteren Gesellschaft zu minimieren und getrennte muslimische Institutionen und eine getrennte muslimische Zivilgesellschaft zu schaffen.

Die Politik des Multikulturalismus wurde auch genutzt, um Kritik an Praktiken zu unterdrücken, die die meisten einheimischen Schweden abscheulich finden, sowie um den Mächtigen einen Vorwand dafür zu geben, nicht mit Immigranten zu interagieren oder in Gebieten mit einer großen Immigrantenbevölkerung zu leben. Die Akzeptanz einer zunehmenden Aufspaltung in getrennte Gesellschaften könnte

als Toleranz gegenüber den Präferenzen der „anderen“ und als Akzeptanz des Multikulturalismus in der Praxis beschrieben werden. Es kostete die Eliten nichts, die Politik zu unterstützen, da sie in ihren eigenen segregierten schwedischen Enklaven lebten.

DIE SCHAFFUNG VON PARALLELGESELLSCHAFTEN

Schweden hat nun eine große Zahl von geografisch getrennten und soziokulturell isolierten Gebieten mit gravierenden Problemen. Diese Parallelgesellschaften haben sich in den letzten Jahrzehnten zu Gebieten entwickelt, in denen soziale Pathologien wie Kriminalität, Clanstrukturen, Banden und Gewalt im Namen der Ehre in der gesamten Gesellschaft gedeihen und sich ausbreiten. Diese sozialen Pathologien sind mittlerweile so weit verbreitet, dass es auch für die gebildete Mittelschicht nicht länger möglich ist, sie zu ignorieren. Das rasche Wachstum von Parallelgesellschaften in Schweden ist daher in erster Linie eine Folge übermäßiger Immigration und eines Scheiterns der Integration. Ein weiterer Faktor ist jedoch die qualitative Verlagerung der Immigration. Zuvor kamen die meisten Immigranten aus Ländern mit christlichen Kulturen, die unserer eigenen ähneln, wie z. B. Skandinavien und insbesondere Finnland und Nordeuropa. Nun kommen die meisten Migranten aus dem Nahen Osten und Nordafrika.

Wie viele andere Länder investierte Schweden in den 60er und 70er Jahren massiv in neue Vorstädte und Wohnungsbauprojekte. Ziel war es, den Lebensstandard für die schwedische Arbeiterklasse zu verbessern und diejenigen aufzunehmen, die vom Land in die Städ-



Zweiter Tag der Stockholmer Husby-Krawalle. Das Bild zeigt drei Autos, die im Stockholmer Vorort Husby in Brand gesetzt wurden.

© By Telefonkiosk - Own work, CC BY-SA 3.0, <https://commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=26289570>

te gekommen waren, um in der Industrie zu arbeiten. Diese Gebiete lagen häufig in relativ isolierten Pendelvororten und wurden architektonisch durch eher eintönige Fertigbauten dominiert. Ihr Mangel an Charme und menschlicher Note allein ist Grund genug dafür, dass nur wenige Menschen sich dafür entscheiden würden, dort zu leben, wenn sie die Wahl hätten. Im Laufe der Zeit sind die meisten Menschen mit Aufstiegschancen aus diesen Gebieten weggezogen, wodurch sie – und insbesondere ihre Schulen – noch weniger attraktiv wurden. Schon bald wurden diese Wohnungsbauprojekte fast ausschließlich von unterprivilegierten Personen und Migranten dominiert.

Die schwedische Polizei stuft derzeit 60 Gebiete in Schweden als „gefährdet“ ein, von denen fast die Hälfte als „besonders gefährdet“ eingestuft wird. Dabei handelt es sich um Gebiete, in denen es für die Polizei schwierig oder fast unmöglich ist, ihren Auftrag zu erfüllen, und die Polizei oft in Gruppen tätig werden muss. Das Justizsystem hat es schwer, die Menschen zur Anzeige von Straftaten zu bewegen, und es ist oft sehr schwierig, Zeugen dazu zu bringen, vor Gericht auszusagen.

DARAUS RESULTIERENDE SOZIALE PATHOLOGIEN

Die Auswirkungen von Parallelgesellschaften sind natürlich am gravierendsten für diejenigen, die in den Wohnungsbauprojekten leben, wirken sich aber auch auf die Gesellschaft insgesamt aus. Kriminalität ist die allergrößte soziale Pathologie, die sich in Parallelgesellschaften entwickeln und aus ihnen herrühren kann. Die Soziologin Maria Wallin, eine der wichtigsten Sachverständigen des Landes für Bandenkriminalität, beschrieb die Zukunft mit folgenden ernüchternden Worten: „Wir stecken tief in der Scheiße, und wir werden die Banden nicht loswerden. Wenn man von den Trends ausgeht, die wir jetzt sehen, wird es in fünf Jahren regelmäßig Straßenkämpfe geben.“³

Abgesehen von den oben genannten Gründen hat Schweden die Kontrolle über die Situation verloren, weil unser Land im Verhältnis zur Bevölkerung relativ wenige Polizeibeamte und ein Strafrecht mit einigen der mildesten Strafen der Welt hat. Zum Teil ist auch dies ein Überbleibsel der Gesellschaft, die in den 1960er Jahren bestand. Die soziale Stigmatisierung reichte als Strafe aus, um die meisten Verbrechen in einer homogenen Gesellschaft zu verhindern, und die Konsenskultur hielt die Menschen von klein auf unter Kontrolle. Sowohl Polizei- als auch Opferdaten zeigen, dass Kriminalität in der westlichen Welt rückläufig ist.⁴ Schweden ist in den letzten zehn bis fünfzehn Jahren von diesem allgemeinen Trend abgewichen, wenn man Verbrechen wie Tötungsdelikte und tödliche Gewalt⁵, Vergewaltigung⁶ und Raub⁷ betrachtet.

Es ist ungewöhnlich, dass die schwedische Regierung aufgeschlüsselte Statistiken über den ethnischen Hintergrund von Beschuldigten veröffentlicht. Aus einem kürzlich veröffentlichten Bericht des schwedischen Beirats für Kriminalitätsverhütung über das Verhältnis zwischen Vergehen und ethnischer Zugehörigkeit, der auf Statistiken über Personen basiert, die im Zeitraum 2015-2018 einer Straftat verdächtigt wurden, geht jedoch hervor, dass auf in Schweden geborene Personen, deren Eltern ebenfalls beide in Schweden geboren sind, inzwischen weniger als die Hälfte aller strafrechtlichen Verurteilungen in allen untersuchten Delikt Kategorien entfällt.⁸

Im Bericht des Beirats für Kriminalitätsverhütung⁹ wurde festgestellt, dass Schweden sich in 15 Jahren von einem der sichersten zu einem der gefährlichsten Länder Europas gewandelt hat. Er stellt unbestreitbar eine düstere Lektüre dar, wenn man sich die Daten über Personen mit Verbindungen zu oder einem Hintergrund aus dem Nahen Osten und Afrika ansieht. Aus politischer Sicht ist klar, dass die Art der Migration in Schweden in den letzten Jahrzehnten zu höheren Kriminalitätsraten geführt hat. Angesichts des massiven Zustroms aus Ländern, in denen die zweite Generation massiv überrepräsentiert ist, ist es sehr wahrscheinlich, dass sich der Trend zur Zunahme der Kriminalität fortsetzen wird.

Die durchschnittliche Zahl der Tötungsdelikte in der EU liegt bei acht pro Million Einwohner, während die Zahl für Schweden im Jahr 2020 zwölf pro Million Einwohner betrug. So schrecklich diese Zahlen auch sein mögen, sie verschleiern doch die qualitative Veränderung der Art der Gewalt. Wenn wir uns nur auf die Tötungsrate konzentrieren, die auf Schusswaffen zurückzuführen ist, liegt der EU-Durchschnitt bei 1,6 pro Million Einwohner, während sie in Schweden mit vier pro Million Menschen fast dreimal so hoch ist. Aus den Polizeistatistiken geht hervor, dass in den ersten zehn Monaten des Jahres 2021 mindestens 270 Schießereien stattfanden, die zu 40 Todesfällen führten. So gibt es durchschnittlich eine Schießerei pro Tag und ein bandenbedingtes Tötungsdelikt pro Woche. In der Altersgruppe der 20- bis 29-Jährigen schwankt die Zahl der Tötungsdelikte in den EU-Ländern zwischen null und vier pro Million Einwohner. In Schweden beläuft sich diese Zahl auf 18 Tötungsdelikte pro Million, gefolgt mit weitem Abstand von den Niederlanden mit sechs Tötungsdelikten pro Million.

Vergleiche über die Zeit zeigen, dass die Zahl der Vergewaltigungen in Schweden zugenommen hat und dass dies vor allem auf Immigration und mangelnde Integration zurückzuführen ist. Insgesamt hatten 58 Prozent all derjenigen, die wegen Vergewaltigung oder versuchter Vergewaltigung verurteilt wurden, einen Migrationshintergrund.^{10,11}

FAZIT

Aus der griechischen Mythologie kennen wir die Figur des Ikarus, der zu nahe an die Sonne flog, wodurch das Wachs, das seine Federflügel zusammenhielt, schmolz. Sein Hochmut veranlasste ihn, die Warnungen seines Vaters zu missachten, weshalb er ins Meer fiel und ertrank. Schweden, das sich selbst als moralische Supermacht betrachtet, findet sich gefangen in einer selbstgemachten Tragödie. Für die meisten Bürger, wenn auch nicht für einen Großteil des Establishments, wurden das grandiose Selbstbild und die Überzeugung unserer „moralischen Überlegenheit“ inzwischen praktisch zerstört. Das Wachs auf den Flügeln Schwedens schmilzt schnell, und wenn Schweden das Schicksal von Ikarus vermeiden will, muss es sich sehr bald von der Sonne abwenden.

Bernhard Zimniok - Die Auswirkungen der Migration auf die Innere Sicherheit in Deutschland

- ¹ Vgl. <https://www.ehrenmord.de/index.php>
- ² Vgl. https://www.focus.de/politik/deutschland/angespitzt/angespitzt-kolumne-von-ulrich-reitz-in-stuttgart-randalier-te-keine-party-und-eventszene-sondern-ein-mob_id_12131041.html
- ³ Vgl. <https://www.bpb.de/gesellschaft/migration/flucht/zahlen-zu-asyl/265710/demografie>
- ⁴ Vgl. ebd.
- ⁵ Vgl. https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bevoelkerung/Migration-Integration/Publikationen/Downloads-Migration/schutzsuchende-2010240197004.pdf?__blob=publicationFile, S. 25.
- ⁶ Vgl. <https://mediendienst-integration.de/migration/flucht-asyl/zahl-der-fluechtlinge.html>
- ⁷ Vgl. <https://www.tagesspiegel.de/politik/besonders-hohe-nachfrage-aus-afghanistan-zahl-der-asyl-erstantraege-in-deutschland-steigt-wieder/27712724.html>
- ⁸ Vgl. https://www.focus.de/kultur/gesellschaft/entwicklung-seit-2016-straftaten-durch-zuwanderer-bka-bericht-listet-knapp-2000-toetungsdelikte-seit-2016-auf_id_13441205.html
- ⁹ Vgl. <https://www.welt.de/vermischtes/article188202545/Auslaenderanteil-in-deutschen-Gefangnissen-erreicht-Rekordwert.html>
- ¹⁰ Vgl. https://www.bka.de/DE/AktuelleInformationen/StatistikenLagebilder/PolizeilicheKriminalstatistik/PKS2019/PKSJahrbuch/pksJahrbuch_node.html;jsessionid=DFE2A6347625FC600D207DBB0686C6BF.live2301
- ¹¹ Vgl. <https://www.bild.de/politik/inland/politik-inland/neue-schock-zahlen-des-bka-jeden-tag-zwei-gruppen-vergewaltigungen-77243610.bild.html>
- ¹² Vgl. <https://www.mdr.de/nachrichten/deutschland/gesellschaft/gruppen-vergewaltigung-nicht-deutsche-tater-100.html>
- ¹³ Vgl. ebd.
- ¹⁴ Vgl. <https://www.bild.de/politik/inland/politik-inland/neue-schock-zahlen-des-bka-jeden-tag-zwei-gruppen-vergewaltigungen-77243610.bild.html>
- ¹⁵ Vgl. <https://beck-online.beck.de/Dokument?vpath=bibdata/reddok/becklink/2016990.htm>
- ¹⁶ Vgl. <https://landgericht-freiburg.justiz-bw.de/pb/,Lde/6490559/?LISTPAGE=5684243>
- ¹⁷ Vgl. <https://www.welt.de/vermischtes/article183148622/Freiburg-Intensivtaeter-soll-weitere-Frau-vergewaltigt-haben-Polizei-sucht-zwei-Maenner.html>

Marcel de Graaff - Auswirkungen der Einwanderung auf die öffentlichen Finanzen und die soziale Sicherheit in den Niederlanden

- ¹ Siehe unter anderem: „Man sollte Migration nicht als etwas latent Gefährliches und Toxisches darstellen“, Neue Zürcher Zeitung, 26. Februar 2021. <https://www.nzz.ch/international/ylva-johansson-ueber-die-angst-vor-migration-und-identitaetsverlust-id.1603359>
- ² Han H. van de Beek, „De immigratie kost NL veel geld. Maar de autoriteiten kijken liever weg“ (Die Einwanderung kostet die Niederlande viel Geld, aber die Behörden schauen lieber weg), *Wynia's Week*, 3. März 2021. <https://www.wyniasweek.nl/de-immigratie-kost-nl-veel-geld-maar-de-autoriteiten-kijken-liever-weg/>
- ³ https://www.welt.de/print/die_welt/debatte/article165675355/Sozialstaat-oder-Einwanderung.html
- ⁴ Gerry O'Hanlon, Katalin Szép & Tomaz Smrekar, *Peer Review Report on Compliance with the Code of Practice and the Coordination Role of the National Statistical Institute: Netherlands*, Eurostat, September 2015. <https://ec.europa.eu/eurostat/documents/6415714372828/2015-DE-Report/05d4a3fd-8013-4fa5-bd0e-b38c3f54702b>
- ⁵ Han H. van de Beek, a.a.O.
- ⁶ Hans Roodenburg, Rob Euwals & Harry ter Rele, *Immigration and the Dutch Economy*, CPB, Den Haag, Juni 2003. <https://www.cpb.nl/sites/default/files/publicaties/download/immigration-and-dutch-economy.pdf>

- ⁷ Han H. van de Beek, a.a.O.
- ⁸ Geest, L. van der & A.J.F. Dietvorst, *Budgettaire effecten van immigratie van niet-westerse allochtonen*, NYFER, Utrecht, 2010. <https://cmr.jur.ru.nl/cmrdocs/nyfer.rapport.2010.pdf>
- ⁹ Die Tatsache, dass die Studie von der PVV in Auftrag gegeben wurde, bedeutet nur, dass die PVV für die Studie bezahlt hat, aber ansonsten keinen Einfluss auf deren Inhalt hatte.
- ¹⁰ Jan van de Beek, Hans Roodenburg, Joop Hartog & Gerrit Kreffer, *Grenzeloze Verzorgingsstaat; De Gevolgen van Immigratie voor de Overheidsfinanciën* (Sozialstaat ohne Grenzen: Die Auswirkungen der Einwanderung auf die öffentlichen Finanzen), Amsterdam School of Economics, Universität von Amsterdam, Amsterdam, März 2021. http://www.demo-demo.nl/files/Grenzeloze_Verzorgingsstaat.pdf
- ¹¹ Die Tatsache, dass die Studie vom FvD in Auftrag gegeben wurde, bedeutet nur, dass das FvD für die Studie bezahlt hat, aber ansonsten keinen Einfluss auf deren Inhalt hatte.
- ¹² Dies war höher als das Haushaltsdefizit von 2,1 % des BIP im Jahr 2015. (Im Jahr 2016 verzeichneten die Niederlande einen Haushaltsüberschuss von 0,4 %). <https://www.rijksoverheid.nl/actueel/nieuws/2017/05/17/financieel-jaarverslag-2016-voor-het-eerst-in-jaren-eeen-begrotingsoverschot>
- ¹³ Am 1. September 2021 hatten 24,9 % der niederländischen Bevölkerung einen Migrationshintergrund: 10,7 % westlich und 14,2 % nichtwestlich. 7,9 % der niederländischen Bevölkerung (1,4 Millionen Menschen) sind nichtwestliche Einwanderer der ersten Generation; 6,3 % der Bevölkerung (1,1 Millionen Menschen) sind nichtwestliche Einwanderer der zweiten Generation. <https://www.cbs.nl/nl-nl/dossier/dossier-asiel-migratie-en-integratie/hoeveel-mensen-met-eeen-migratieachtergrond-wonen-in-nederland->

Tom Vandendriessche - Wie sich die politische Mitte radikalisierte

- ¹ https://www.knack.be/nieuws/magazine/hoe-de-migrant-eeen-moslim-werd/article-normal-684903.html?cookie_check=1635189733
- ² Martyn, Georges, und Rik Opsommer. *Geschiedenis Van De Politiek En Van Het Publiekrecht* (Geschichte des politischen und öffentlichen Rechts). Brugge: Die Keure, 2011.

Hermann Tertsch - Ceuta und Melilla: Migration als Waffe

- ¹ Marruecos y España, Una vecindad difícil, una debilidad clara y una Estrategia de Estado, Fundación Disenso, 27 de mayo 2021.
- ² El Fracaso del Multiculturalismo, Fundación Disenso, 27/01/2021.
- ³ „Marruecos, el Estrecho de Gibraltar y la Amenaza Militar sobre España“ (Marokko, die Straße von Gibraltar und die militärische Bedrohung für Spanien), Bericht von 2021 des Instituto de Seguridad y Cultura. Guillem Colom Piella, Guillermo Pulido Pulido und Mario Guillamó Román.
- ⁴ Morocco World News, 2016
- ⁵ „Marruecos, el Estrecho de Gibraltar y la Amenaza Militar sobre España“ (Marokko, die Straße von Gibraltar und die militärische Bedrohung für Spanien), Bericht von 2021 des Instituto de Seguridad y Cultura. Guillem Colom Piella, Guillermo Pulido Pulido und Mario Guillamó Román.
- ⁶ El primer ministro de Marruecos declara que Ceuta y Melilla "son marroquíes como el Sáhara". Europapress, 21/12/2020
- ⁷ Marruecos y España, Una vecindad difícil, una debilidad clara y una Estrategia de Estado, Fundación Disenso, 27. Mai 2021.
- ⁸ Marruecos y España, Una vecindad difícil, una debilidad clara y una Estrategia de Estado, Fundación Disenso, 27. Mai 2021.
- ⁹ Vozpópuli, El ex número dos de Laya dice que la ministra le pidió discreción con la entrada de Ghali, 13/9/2021.
- ¹⁰ El Mundo, El juez imputa a la ex ministra Arancha González Laya por la entrada de Brahim Ghali en España, 21/9/2021.
- ¹¹ Swissinfo, Ministro marroquí: España sabía que el precio de subestimar a mi país es caro, 19/5/2021.
- ¹² Internationale Organisation der Vereinten Nationen für Migration (IOM), 28.5.2021.
- ¹³ Innenministerium Regierung von Spanien, Bilanzen und Berichte 2021.
- ¹⁴ La Gaceta de la Iberosfera, El Gobierno de Sánchez ha dado más de 120 millones en tres años a Marruecos para controlar la inmigración ilegal, 19/5/2021.

- ¹⁵ Europäische Kommission Statistiken zur Migration nach Europa.
- ¹⁶ Rat der Europäischen Union. Wie die EU Migrationsbewegungen steuert.
- ¹⁷ El Mundo, Visas humanitarias para evitar las muertes en el Mediterráneo, 6/7/2020.
- ¹⁸ Interpol, Tráfico ilícito de migrantes - problemática.
- ¹⁹ Interpol, Tráfico ilícito de migrantes - problemática.

Gunnar Beck - Migration in Großbritannien und deren Einfluss auf den Brexit

- ¹ Vgl. <https://www.economist.com/britain/2016/07/14/explaining-the-brexit-vote>
- ² Vgl. <https://www.ipsos.com/ipsos-mori/en-uk/concern-about-immigration-rises-eu-vote-approaches>
- ³ Vgl. <https://research-information.bris.ac.uk/en/publications/investigating-differences-in-brexit-vote-among-local-authorities>
- ⁴ Vgl. https://www.nationalarchives.gov.uk/pathways/citizenship/brave_new_world/immigration.htm
- ⁵ Vgl. <https://www.bbc.com/news/uk-england-leicestershire-30306796>
- ⁶ Vgl. <https://www.nationalreview.com/2015/01/what-bobby-jindal-gets-about-islam-and-most-people-still-dont-andrew-c-mccarthy/>
- ⁷ Vgl. <https://www.rotherham.gov.uk/downloads/file/279/independent-inquiry-into-child-sexual-exploitation-in-Rotherham>
- ⁸ Vgl. <https://www.gatestoneinstitute.org/13075/britain-grooming-gangs>
- ⁹ Vgl. <https://www.theguardian.com/politics/2016/jun/24/voting-details-show-immigration-fears-were-paradoxical-but-decisive>
- ¹⁰ Vgl. https://www.cer.eu/sites/default/files/bulletin_105_st_article1.pdf
- ¹¹ Vgl. <https://ukandeu.ac.uk/explainers/immigration-issues-to-consider/>

Roman Haider - Massenmigration als Gefahr für die Meinungsfreiheit

- ¹ Vgl. Onfray, Michel: Untergang, Kapitel 3/4, Seiten 580 – 599 sowie: Schulze, Reinhard: Geschichte der islamischen Welt im 20. Jahrhundert, Kapitel 6/2, Seiten 325 – 329.
- ² Salzburger Nachrichten vom 12.02.2019, abgerufen am 05.10.2021 <https://www.sn.at/kultur/literatur/schriftsteller-salman-rushdie-der-bannstrahl-gegen-das-freie-wort-65620441>
- ³ Spiegel vom 13.02.2009, abgerufen am 05.10.2021 <https://www.spiegel.de/geschichte/20-jahre-rushdie-affaere-a-948169.html>
- ⁴ Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 29.01.2015, abgerufen am 05.10.2015 <https://www.faz.net/aktuell/gesellschaft/koeln-karneval-stoppt-charlie-hebdo-motivwagen-13396890.html>
- ⁵ Die Welt vom 01.02.2015 abgerufen am 05.10.2015 <https://www.welt.de/debatte/kolumnen/die-streng-stausberg/article137001570/Respekt-vor-dem-Islam-respektlos-beim-Christentum.html>
- ⁶ Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 09.02.2006, abgerufen am 05.10.2021 <https://www.faz.net/aktuell/rhein-main/frankfurt/karikaturenstreit-muslime-fordern-mehr-respekt-1305872.html>
- ⁷ Neue Züricher Zeitung vom 21.12.2005, abgerufen am 05.10.2021 <https://www.nzz.ch/articleDFFWU-1.192273>
- ⁸ Die Österreichische Hochschülerschaft ist die offizielle Studentenvertretung an österreichischen Universitäten
- ⁹ Der Standard vom 26.11.2019 abgerufen am 05.10.2021 <https://www.derstandard.at/story/200011495555/schon-wieder-eine-weisse-frau-oh-protestiert-gegen-alice-schwarzer>
- ¹⁰ Neue Züricher Zeitung vom 14.09.2021, abgerufen am 05.10.2021 <https://www.nzz.ch/feuilleton/diskussion-beendet-ld.1644831?reduced=true>
- ¹¹ Die Welt vom 26.04.2019 abgerufen am 05.10.2021 <https://www.welt.de/politik/deutschland/article192434681/Susanne-Schroeter-Frankfurter-Goethe-Universitaet-verteidigt-Islamforscherin-vor-Rassismus-Kritik.html>
- ¹² Beispielsweise ein Bericht der EU Menschenrechtsagentur zur Lage von Muslimen in Europa unter dem Untertitel „Diskriminierung und Islamophobie“ https://fra.europa.eu/sites/default/files/fra_uploads/156-Manifestations_DE.pdf
- ¹³ Addendum vom 11.12.2019, abgerufen am 05.10.2021 <https://www.addendum.org/news/islamophobie-bericht/>
- ¹⁴ Siehe dazu beispielsweise den UN-Migrationspakt, Ziel 17/c <https://www.un.org/depts/german/migration/A.CONF.231.3.pdf> oder ENTSCHEIDUNGSANTRAG zu den Grundrechten von Menschen afrikanischer Abstammung in Europa, Forderung 11

https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/B-8-2019-0212_DE.html
In beiden Dokumenten wird eine direkte staatliche Beeinflussung der Medien gefordert.

Philippe Olivier - Wir Franzosen leben in eurer Zukunft

- ¹ Georges Pompidou: „Zuwanderung ist eine Möglichkeit, den Arbeitsmarkt in gewissem Maße zu entspannen und dem sozialen Druck standzuhalten“ (3. September 1963).
- ² Rundschreiben Nr. 439 vom 23. November 1967 über die „Prüfung von Einbürgerungs- und Wiederherstellungsanträgen“
Rundschreiben Nr. 1/76 vom 16. Februar 1976 über die „Bearbeitung der Dossiers der Einbürgerung und Wiederherstellung der französischen Staatsangehörigkeit“ <https://www.cairn.info/revue-annales-2006-1-page-135.htm#no41>
- ³ Dekret Nr. 76-383 vom 29. April 1976 über die „Bedingungen für die Einreise nach und den Aufenthalt in Frankreich für Familienangehörige von Ausländern, die zum Aufenthalt in Frankreich berechtigt sind“ www.legifrance.gouv.fr/loda/id/JORFTEXT000000855572/
- ⁴ Gesetz vom 10. September 2018 über kontrollierte Einwanderung, ein wirksames Asylrecht und eine erfolgreiche Integration www.legifrance.gouv.fr/loda/id/JORFTEXT000037381808
- ⁵ Gesetz Nr. 98-170 vom 16. März 1998 über die Staatsangehörigkeit, das sogenannte Guigou-Gesetz www.legifrance.gouv.fr/loda/id/JORFTEXT00000754536#:~:text=%20%20Tout%20enfant%20n%C3%A9%20en%20France,%27%C3%A2ge%20de%20onze%20ans
- ⁶ Gesetz 2007-290 vom 5. März 2007 zur Einführung eines durchsetzbaren Rechts auf Wohnraum und zur Einführung verschiedener Maßnahmen zur Förderung des sozialen Zusammenhalts www.legifrance.gouv.fr/loda/id/JORFTEXT000000271094/
- ⁷ Michel Tribalat, Anhörung im Senat vom 27. Januar 2011 http://videos.senat.fr/video.39236_57b71df93354e
- ⁸ Hervé Vieillard-Baron, Nouvelle Revue de Psychosociologie (2011/2) Nr. 12 www.cairn.info/revue-nouvelle-revue-de-psychosociologie-2011-2-page-27.htm#pa39
- ⁹ Krawalle von 2005 in den französischen Vororten (27. Oktober 2005 – 17. November 2005) https://fr.wikipedia.org/wiki/C3%89meutes_de_2005_dans_les_banlieues_fran%C3%A7aises
- ¹⁰ Edouard de Mareschal, „Retour sur 40 ans de «plans banlieues»“, Le Figaro, 28. April 2014 www.lefigaro.fr/politique/2014/04/28/01002-20140428ARTI600096-retour-sur-40-ans-de-plans-banlieues.php
- ¹¹ Jérôme Fourquet „L’Archipel français“, Preis für das beste politische Buch 2019
- ¹² Rede des Präsidenten der Republik, Emmanuel Macron, in Les Mureaux (Yvelines), 2. Oktober 2020 www.elysee.fr/emmanuel-macron/2020/10/02/la-republique-en-actes-discours-du-president-de-la-republique-sur-le-theme-de-la-lutte-contre-les-separatismes
- ¹³ Antwort des Justizministers auf die Frage eines Abgeordneten <https://questions.assemblee-nationale.fr/q15/15-890QE.htm>
- ¹⁴ Emmanuel Brenner „Die verlorenen Gebiete der Republik“, 2002 https://fr.wikipedia.org/wiki/Liste_de_r%C3%A8glements_de_comptes_%C3%A0_Marseille#2021
- ¹⁵ Cédric Jimenez, „BAC Nord“, 23. Dezember 2020
- ¹⁷ Amtsblatt vom 22. Dezember 2020 www.lejdd.fr/Societe/trafic-de-crack-a-paris-sur-la-piste-des-modous-a-stalingrad-4013346
- ¹⁸ France 3 Réfion Paris Île-de-France, 22. Dezember 2020 <https://france3-regions.francetvinfo.fr/paris-ile-de-france/paris/plus-vols-plus-agressions-plus-peur-sentiment-insecurite-s-amplifie-ile-france-1908116.html>
- ¹⁹ Informationsblatt Nr. 598 des Senats vom 28. Juni 2017 www.senat.fr/rap/r16-598/r16-5981.pdf
- ²⁰ Informationsblatt Nr. 598 des Senats vom 28. Juni 2017 www.senat.fr/rap/r16-598/r16-5981.pdf
- ²¹ Marianne, 3. November 2020 www.marianne.net/agora/entretiens-et-debats/complaisances-avec-lislamisme-toutes-les-forces-politiques-sont-responsables-du-marasme-ambiant
- ²² Reportage von France 2 vom 7. Dezember 2016 www.rtl.fr/actu/debats-societe/video-un-reportage-de-france-2-montre-des-femmes-indesirables-dans-les-lieux-publics-7786186895
- ²³ Le Parisien, 14. November 2015 www.leparisien.fr/seine-saint-denis-93/ce-n-est-pas-moi-qui-ai-tue-sofia-14-11-2015-5274937.php

- ²⁴ L'Obs, 16. Oktober 2020
www.nouvelobs.com/education/20201016.OBS34840/l-ecole-est-contaminee-par-la-tentation-communautariste.html
- ²⁵ Le Parisien, 24. Oktober 2014
www.leparisien.fr/seine-saint-denis-93/nouvelles-priere-de-rue-a-montfermeil-24-10-2014-4238827.php
- ²⁶ Le Dauphiné, 18. Juni 2021
www.ledauphine.com/sante/2021/06/18/isere-politique-port-du-burkini-dans-les-piscines-le-maire-de-grenoble-eric-piolle-interpelle-jean-castex
- ²⁷ Le Parisien, 25. Juni 2019
www.leparisien.fr/politique/communautarisme-dans-les-services-publics-c-est-un-phenomene-de-plus-en-plus-pregnant-25-06-2019-8102670.php
- ²⁸ Les échos, 10. Februar 2021
www.lesechos.fr/pme-regions/actualite-pme/comment-les-entreprises-gerent-les-revendications-religieuses-des-salaries-1288992
- ²⁹ Reaktion von Nicole Belloubet auf den Fall Mila auf Europe 1 vom 29. Januar 2020
www.lapinion.fr/edition/politique/affaire-mila-comment-nicole-belloubet-a-invente-delit-blaspheme-210122
- ³⁰ Tribunal Correctionnel de Toulouse, 14. September 2021
<https://france3-regions.francetvinfo.fr/occitanie/haute-garonne/toulouse/justice-relaxe-de-l-imam-de-toulouse-poursuivi-pour-propos-antisemites-le-parquet-fait-appel-2260237.html>
- ³¹ Umfrage des Instituts ICM im Auftrag von Russia Today
www.francetvinfo.fr/monde/proche-orient/offensive-jihadiste-en-irak/y-a-t-il-vraiment-15-des-francais-qui-soutiennent-l-etat-islamique_678217.html
- ³² La Croix, 26. April 2021
www.la-croix.com/Debats/Attaque-Rambouillet-peut-etablir-lien-entre-terrorisme-immigration-2021-04-26-1201152791
- ³³ Mordanschlag in Conflans-Sainte-Honorine am 16. Oktober 2020
https://fr.wikipedia.org/wiki/Assassinat_de_Samuel_Paty
- ³⁴ Projekt Rassemblement National
<https://rassemblementnational.fr/>
- ³ Brinkemo P., "Brinkemo möter Maria Wallin: Fem år framåt kommer vi att ha regelrätta gatustrider", Bulletin
- ⁴ Tonry, Michael H., „Why Crime Rates Are Falling throughout the Western World.“ Crime and Justice 43 (2014): 1 – 63.
- ⁵ Kriminalstatistik 2020, Konstaterade fall av dödligt våld - En granskning av anmäلت dödligt våld 2020, BRÅ 2021
- ⁶ <https://bra.se/statistik/statistik-utifran-brottstyper/valdtakt-och-sexualbrott.html>
- ⁷ <https://bra.se/statistik/statistik-utifran-brottstyper/ran.html>
- ⁸ Misstänkta för brott bland personer med inrikes respektive utrikes bakgrund, BRÅ, Rapport 2021:9.
- ⁹ Misstänkta för brott bland personer med inrikes respektive utrikes bakgrund, BRÅ, Rapport 2021:9.
- ¹⁰ In einer Studie aus dem Jahr 2021, in der alle Verurteilungen wegen Vergewaltigung zwischen 2000 und 2015 untersucht wurden, wurde festgestellt, dass von den 3.039 Straftätern im Alter von 15 bis 60 Jahren, die in diesem Zeitraum wegen Vergewaltigung verurteilt wurden, 59,2 % Migranten der ersten oder zweiten Generation und 47,7 % außerhalb Schwedens geboren waren. Khoshnood, Ardavan; Ohlsson, Henrik; Sundquist, Jan; Sundquist, Kristina (2021-02-22). „Swedish rape offenders – a latent class analysis“. Forensic Sciences Research. 6 (2): 124–132
- ¹¹ Groß angelegte Studien über Kriminalitätsoffer wurden häufig als zuverlässigerer Indikator dargestellt als Daten über die Zahl der polizeilichen Anzeigen und strafrechtlichen Verurteilungen. Die schwedische Kriminalitätserhebung (SCS) zeigt, dass die Zahl derjenigen, die nach eigenen Angaben Opfer von Sexualstraftaten (eine umfassende Kategorie, die alles von geringfügigen Vergehen bis hin zu schwerer Vergewaltigung umfasst) geworden waren, zwischen 2006 und 2012 relativ stabil zwischen 1,5 und 1,8 % lag, dass es in den folgenden 5 Jahren jedoch zu einer Eskalation der Opferzahlen kam und sie 2018 6,0 % der Befragten erreichte. Von den befragten jungen Frauen im Alter von 16 bis 24 Jahren gaben 2018 32,2 % an, Opfer von Sexualstraftaten geworden zu sein.

Charlie Weimers - Die schwedische Tragödie

- ¹ Inger Enkvist: Viljan att göra Sverige till moralisk stormakt; Svenska Dagbladet, 19. Dez. 2019.
- ² Dieses Argument findet sich am häufigsten in der Diskussion über die unterdimensionierte schwedische Verteidigung (Niklas Wiklund: Sverige är ett fredsskadat land; Svenska Dagbladet, 19. März 2015. Ett uppror som vittnar om hur fredsskadat Sverige är, BLT, 9. April 2021), aber auch in einem allgemeineren Kontext (Joakim Molander: „Fredsskadade“ svenskar blinda för ondskan, Svenska Dagbladet, 20. Feb. 2005. Bortskämd svensk extremvänster möjliggör våldtäkter, maktmissbruk och terror, Katarina Magasin, 7. Mai 2018. Invandringspolitik utan konsekvensanalys, Bohuslänningen, 14. Aug. 2019). Es wird allerdings auch argumentiert, dass die Erfahrungen, die Immigranten aus Kriegen und Katastrophen mitbringen, zum kollektiven Gedächtnis beitragen (Demokratin värnas och skyddas så länge vi har en migration, Advokaten, Nr. 6, 2009, Årgång 75).



Diese Broschüre wurde aus Mitteln des 400er Budgets der beteiligten Abgeordneten, die alle Mitglieder des Europäischen Parlaments sind, finanziert. Sie ist nicht zum Verkauf bestimmt.

IMPRESSUM:

Identity and Democracy Group
European Parliament
Zweig 7K010
Rue Wiertz 60
1047 Brussels
Belgium

European Conservatives and Reformists Group
European Parliament
WIE 06U045
Rue Wiertz 60
1047 Brussels
Belgium



AUSSEREUROPÄISCHE MIGRATION ALS GEFAHR FÜR EUROPA

Die dramatischen Auswirkungen der unkontrollierten Massenmigration werden den Bürgern täglich vor Augen geführt. Oftmals geht dabei jedoch der Blick auf die Lage in den anderen Mitgliedsländern der Europäischen Union verloren. In dieser Broschüre stellen daher neun Abgeordnete des Europäischen Parlaments aus acht unterschiedlichen Mitgliedstaaten der EU und zwei verschiedenen Fraktionen die Missstände der Migrations- und Asylpolitik beispielhaft an einem Bereich dar. Eine aufrüttelnde Lektüre, so schockierend wie spannend!

